

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
 Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
 Einzelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonielzeile oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telefonnummern:
 Redaktions-Abteilung 89.
 Postfach 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse:
 Arbeiterverband Bochum.

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
 Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**
 Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Lage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Kameraden!

Die Wähler müssen also ihre Eintragung in die Knappschaftswählerliste gesondert erwirken. Die allgemeinen Knappschaftsältestenwahlen finden am 17. September statt. Wahlberechtigt ist jeder Bergarbeiter, auch die ausländischen Kameraden, welcher der Pensions- oder Krankenkasse der Knappschaftskasse angehört, 21 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Bis zum 3. September muß die Eintragung in die von den Zechen aufzustellenden Knappschaftswählerlisten erfolgt sein. Wer sich bis dahin nicht hat eintragen lassen und nicht in der Wählerliste steht, darf zur Wahl nicht zugelassen werden und geht seines Wahlrechtes verlustig. Sorgt daher dafür, daß jeder in der Wählerliste eingetragen wird; tretet mit aller Kraft für die Verbandskandidaten ein, damit die dunklen Pläne der geschäftsmäßigen Verleumder und Zechenfreunde zunichte werden. Besonders die unorganisierten Kameraden müssen aufgerüttelt und auf diese dunklen Pläne aufmerksam gemacht werden. Am besten geschieht das dadurch, daß die gelese „Bergarbeiter-Zeitung“ an diese Kameraden weitergegeben wird. Tue jeder seine Pflicht, wie es das Wohl der gesamten Bergarbeiterschaft und die Ehre des Verbandes erfordert.

Die Sicherheitsmännerwahlen finden, soweit sie bis dahin noch nicht getätigt sind, am 27. und 29. August statt. Die Zechen legen vielfach die Wählerlisten bis zum 27. August auf. Diejenigen, welche die Wählerliste bisher noch nicht eingesehen haben, müssen das noch nachholen, sonst gehen sie ihres Wahlrechtes verlustig.

Anders ist es mit der Auslegung der Wählerlisten für die Knappschaftswahlen. Diese Wählerlisten sind gesondert ausgelegt und haben mit den Listen für die Sicherheitsmännerwahlen nichts zu tun.

Die allgemeinen Knappschaftsältestenwahlen finden am 17. September statt. Wahlberechtigt ist jeder Bergarbeiter, auch die ausländischen Kameraden, welcher der Pensions- oder Krankenkasse der Knappschaftskasse angehört, 21 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Bis zum 3. September muß die Eintragung in die von den Zechen aufzustellenden Knappschaftswählerlisten erfolgt sein. Wer sich bis dahin nicht hat eintragen lassen und nicht in der Wählerliste steht, darf zur Wahl nicht zugelassen werden und geht seines Wahlrechtes verlustig. Sorgt daher dafür, daß jeder in der Wählerliste eingetragen wird; tretet mit aller Kraft für die Verbandskandidaten ein, damit die dunklen Pläne der geschäftsmäßigen Verleumder und Zechenfreunde zunichte werden. Besonders die unorganisierten Kameraden müssen aufgerüttelt und auf diese dunklen Pläne aufmerksam gemacht werden. Am besten geschieht das dadurch, daß die gelese „Bergarbeiter-Zeitung“ an diese Kameraden weitergegeben wird. Tue jeder seine Pflicht, wie es das Wohl der gesamten Bergarbeiterschaft und die Ehre des Verbandes erfordert.

Wählt Sicherheitsmänner!

Auf, ihr Knappen, aus den Klüften!
 Reinigt euch vom Staub der Kohlen!
 Die von Hilger „signierte“
 „Weiße Salbe“ sollt ihr holen. —

Ist es auch kein Wunderbalsam,
 Vor Gefahren euch zu schützen,
 Kann sie doch in manchen Dingen,
 Wenn auch nur im kleinen, nützen. —

Dürft es darum nicht verpassen
 Jetzt die Sache zu erproben,
 Zeit habt ihr dann noch genügend!
 Um zu tadeln, um zu loben. —

Ist es auch kein Wunderbalsam,
 Sollt es immerhin probieren,
 Könnt ihr doch in keinem Falle
 Bei der Probe was verlieren. —

Darum holt euch „weiße Salbe“,
 (Signum-Hilger, als Adepte),
 Knappen, geht zur Apotheke
 Und vergeßt nicht das Rezept. —

besitzer ernsthaft zu wahren, wird der Gewerkeverein den Verbändlern in die Parade fahren! Das sind die Reu Worte der einstigen Klarnschlägers des christlichen Gewerkevereins, der nach Verzweiflung schnappt, wo er den Bergherren früher wehe getan! Und bittend betteln die schwarzen Zentrumsorgane, daß die Zechenbesitzer doch bereit sein sollen, wenn der Gewerkeverein in früheren Zeiten hier und da einmal mit dem Bergarbeiterverbände zusammen Stellung genommen und die Interessen der Arbeiter vertreten habe! Es soll nicht wieder vorkommen! Und der Gewerkeverein steht stillgreinend dabei und läßt auch seinerseits durch den letzten „Bergknappen“ beteuern, daß ihm das Zentrumsgezwinge an die Seele geht und daß ihm in „neutraler Aufwallung“ der Gedanke gekommen ist, in Gemeinschaft mit dem Zentrum, Nationalliberalen, den Zechen und den konfessionellen Arbeitervereinen die Verbändler bei den kommenden Ältestenwahlen auch deshalb niederzuerwerfen, weil man sich einen Erfolg auch bei den nächsten Reichstagswahlen verspricht!

Wie die Zentrumsagitatoren und die Zentrumsorgane sich der von den Gruben- und Püthenstörern, von den Ministerkätzern ausgehaltenen nationalliberalen Partei an den Hals werfen und Bündnisfähigkeit erheischen und erlangen, so geht es auch jetzt mit dem „Bergknappen“.

Der „Bergknappe“ verlangt mit den Zentrumsorganen an Stelle des einen nationalliberalen Vertreters für den Wahlkreis Bochum! Der Gewerkeverein will zu Hues Sturz beitragen, aber die Nationalliberalen sollen den Gewerkeverein helfen, bei der Knappschaftswahl die Verbändler niederzurufen. Eine Hand wäscht die andere! Es ist wünschenswert, wenn statt Hues ein Nationalliberaler in das Parlament einzieht. So bemerkt das christliche Organ. Ist es ein nationalliberaler Arbeiter, nun, dann wird er sich bei Volksentscheidungen und Volksauspöcherungen, wie die jetzt schon vorhandenen christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten, gleichfalls dem Fraktionszwang der volksbetrübenden Parteien unterordnen. Der Gewerkeverein wird dann, wie bisher, dafür sorgen, daß ihm die Veruhigung empörter und berräterer Arbeiter überlassen bleibt. Er versteht sich ja auf das Geschäft. Nun, was wir dem „Bergknappen“ hierüber zu sagen haben, werden wir ihm noch an anderer Stelle sagen.

Wir sind heute dahin gekommen, wo man den Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter bei seiner Gründung hingewünscht hat.

„Die Verbändler sind unsere Todfeinde!“

So schrie man einst aus den Reihen des christlichen Gewerkevereins heraus. Todfeinde sind auch heute die Verbändler den christlichen Gewerkevereinsführern und den hinter diesen stehenden bürgerlichen Parteiführern.

Gleichgültig, ob Gewerkevereiner und Verbändler zusammen die Gefahren der Tiefe teilen; einerlei, ob sie gleichmäßig unter der Bedrückung und der wirtschaftlichen und politischen Ausnutzung durch die Arbeiterfeinde leiden: die Verbändler sind das „Rotwild“ geworden, auf das sich die christlichen Arbeiter stützen sollen — zu ihrem eigenen Verderben. Wir nehmen an, die christlichen Arbeiterführer glauben ebensowenig an eine überirdische Vergeltung, als die freimaurerisch veranlagten Bundesgenossen, ihnen mühte sonst ob des schuftigen Streiches, den sie heute gegen die Interessen der gesamten Bergarbeiterschaft führen, angst und bange werden.

Der Bergarbeiterverband hat sich erwiesen stets als ein guter Schützer der Bergarbeiterrechte. Im Kampf um die Bergarbeiterforderungen stand er stets voran. Immer war der Verband der große Mahner, wo sich das Unrecht zeigte. Kein Gericht, kein Gefängnis, keine Brutalität, keine Verfolgung war je imstande, den Verband im Kampf um die Bergarbeiterbefreiung zu hindern. Keiner bekommt ihn müde. Darum die Mut und der Haß der Grubencapitalisten und der Schnapsblöcker!

Der Bergarbeiterverband ging nicht hin und verkaufte um des Einkommens willen einiger christlich-nationaler Arbeiterabgeordneter willen seine gewerkschaftliche Ehre! Der Verband hat nicht Schmiere gestanden, wenn die Zollräuber und Volksausplünderer auf Kosten der arbeitenden Klassen die Taschen füllten, Hunderte und Tausende Millionen Mark dem arbeitenden Volke stahlen! Der Verband teilte niemals die Solidarität der politischen Volksausplünderer und Volksentrechteter. Wo sich die politische Entrechtung der Arbeiter bemerkbar machte, da erhob der Bergarbeiterverband Protest und setzte sich zur Wehr. Der Verband trug die Empörung gegen brutales Unrecht unter das Volk und klärte die Massen auf, wenn es ausgeplündert und entrechtet werden sollte, wenn die schwerreichen Junker und Großkapitalisten sich brückten und die Taschen füllten. Das ist, was man dem Bergarbeiterverband nicht verpassen kann. Und vergessen kann man es nicht, wenn auch im Knappschaftswahlkampf der Bergarbeiterverband, nicht nach der Pfeife der Verbändler tanzt, er den arbeitereindlichen Plänen dieser Leute Widerstand entgegensetzt. Weil es so ist, darum ruft man zur widerlichen und unnatürlichen Sammlung auf, sucht man Arbeiter gegen Arbeiter zu hegen, die Ausbeuter gegen die Bergarbeiter zu stärken. Diese Rolle war dem Gewerkeverein christl. Bergarbeiter vor mehr als 15 Jahre schon zugebacht, jetzt geht es an die Erfüllung dieser

ekelhaften Mission! Wägen Sie aufmarschieren alle diejenigen, die auf den Gruben nicht wissen, wie sie den Bergarbeitern die Löhne reduzieren sollen. Wägen Sie kommen, die die Bergarbeitern schon längst zur Dual gemacht haben, mögen Sie nur herannarschieren, Arm in Arm mit den Nationalliberalen, mit dem Zentrum, mit Streikbrechern und christlichen Arbeiterführern — wir rufen aus: Das Gesichtsfeld ist klar! Darum: Bei Philipp! Sehen wir uns wieder!

Zu den allgemeinen Ältesten-Wahlen im Ruhrbecken.

Der christliche Gewerkeverein und das Kompromiß.

(Lügen haben kurze Beine.)

Unter dem Titel: „Die jammernden, schimpfenden und lügenden Genossen“ sucht der „Bergknappe“ den Anschein zu erwecken, als ob er dem Bergarbeiterverband noch etwas zu sagen hätte. O nein, so stehen wir nicht da! Der Verband hat nicht nötig, zu jammern, zu schimpfen und zu lügen! Der Bergarbeiterverband fühlt sich ganz in der Rolle des Zuchtmasters, der den Gewerkeverein über den Knien liegen hat. Das Jammern, Schimpfen und Lügen ist ganz Sache des geprügelten Gewerkevereins. Und komisch, der trotz der Prügel stolz und erhaben sich dünkt, weil einmal der Verband oben, der Gewerkeverein unten und dann der Gewerkeverein wieder unten und der Verband oben liegt.

Für den Verband liegt kein Anlaß vor, sich im Jammern zu üben. Er hat nicht nötig, seine Schwäche zu verdecken hinter den widerlichsten Kompromissen, er tritt kein gewerkschaftliches Ehrgefühl in den Dreck, wie es der Gewerkeverein tun muß, um einige Ältestenmandate zu ergattern. Der Verband verläßt sich auf sich selbst und auf die Bergarbeiter, die ihre Arbeiterehre nicht in den Potzgerren. Wo Kompromiß ist, da ist Schwäche, wo Schwäche, da ist oft genug das „heilende Glend“ vorhanden. Der „Bergknappe“ irrt sich also gewaltig in der Adresse, wenn er glaubt, bei uns sei das „heilende Glend“ eingezogen! Für diese freche Annahme wollen wir auch heute wieder die Karbatsche von der Wand holen und uns an das unangenehme Geschäft machen, dem Gewerkeverein und seinem Organ die nötige Lektion zu erteilen.

Der „Bergknappe“ beginnt seinen ersten Leitartikel gleich mit dem plumpen Betrug, daß eine Verständigung zwischen dem Gewerkeverein und den konfessionellen Arbeitervereinen nur in einzelnen Orten angebahnt sei! Eine allgemeine Verständigung von Organisation zu Organisation sei gescheitert! Wie plump und frech der Gewerkeverein Unwahrheiten in die Welt setzt, zeigt schon eine Notiz auf der siebenten Seite des letzten „Bergknappen“, wo er (siehe hier Artikel: Bruch des Briefgeheimnisses durch sozialdemokratische Führer) schon die Verhandlungen mit den Organisationsführern und die Verhandlungen von Organisation zu Organisation selbst zugeben muß. Daß diese Verständigung gescheitert, liest man nicht heraus. Der „Bergknappe“ glaubt, seine Leser hätten, wenn sie die siebente Seite gelesen, alles vergessen, was auf der ersten Seite des „Bergknappen“ steht. Oder aber die „Bergknappen“-Schreiber wissen selbst nicht, was sie schreiben. Oder was noch verständlicher ist, sie spekulieren auf die Dummheit der Gewerkevereinsmitglieder! Wie sich dabei der Gewerkeverein selber in der eigenen Schlinge gefangen hat, das mögen Auslassungen zeigen, wie sie das Organ der evangelischen Arbeitervereine, der „Evangelischer Arbeiterbote“, zum Besten gibt. Hier wird, nachdem man sich einige Verdrehungen und Lügen gegen den Bergarbeiterverband zuschulden kommen läßt, eingestanden,

daß, nachdem seitens des christlichen Gewerkevereins die Anregung zum gemeinsamen Vorgehen gegeben war, die Verbandsleitung (der evangelischen Arbeitervereine. Die Red.) es für angezeigt gehalten hat — ehe die Angelegenheit dem Ausschuß unterbreitet wurde — bei dem Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein anzufragen, ob er sich an einem solchen Zusammengehen mit anderen nationalen Arbeitervereinigungen beteiligen wolle. Der Hirsch-Dundersche Gewerkeverein hat aber ablehnend geantwortet. Eine Zuschrift ist allen Vereinsvorständen zugegangen.

So, das schreibt der „Evangelischer Arbeiterbote“ vom 18. August d. J. Wie schmeckt das „Bergknappe“? Wachsen dir die Lügen, die du bisher über das Kompromiß in die Welt gesetzt hast, nicht zum Hals heraus? O weh, hier wird der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter als erster Hilfesucher hingestellt! Aber er lügt weiter, daß diese Hilfesucherei nur vom teilweisen Er-

Alares Gefechtsfeld.

Die Führer des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter suchen diese Arbeiterorganisation gemäß ihrer einstigen Bestimmung der gewerkschaftlichen Verhumpung entgegenzuführen. Darüber kann heute kein Zweifel mehr vorherrschen.

Statt mit den übrigen Verbänden gemeinschaftlich — wenn schließlich auch nach dem Rezept: Getrennt marschieren, aber vereint schlagen — gegen die gemeinsamen Arbeiterfeinde vorzugehen, werfen sich die Gewerkevereinsführer eben diesen Feinden an den Hals. Der Bruderkrieg unter den Bergleuten wird in Permanenz erklärt!

Es scheint, als wenn es die christlichen Gewerkevereinsführer nicht mehr kümmert, daß tausende und abertausende Bergarbeiter tot und betrüppelt zutage gefördert werden, daß ferner allzu frühes Siechtum und schwere und zahlreiche Krankheiten die Bergmannsleiber zu früh hinwegraffen. Es gibt nach Anschauung dieser Arbeiterführer wohl keine Aufgabe mehr, die die Bergarbeiter samt und sonders gemeinschaftlich zu lösen hätten. Wie könnten sich sonst diese an der Spitze einer Arbeiterorganisation stehenden Leute den Bühnern und Verächtern der Bergarbeiter prostituierten an den Hals werfen!

Man muß sagen, die Ministerkätzger hatten schon im Berliner Palasthotel eine feine Nase. Die Herrenkonferenz, die gegen die Berücksichtigung der Arbeiterforderungen auch aus dem Grunde war, weil dadurch „eine Gefahr“ heraufbeschworen würde, „die später nur mit vielem Blutvergießen wieder beseitigt werden kann“, diese Herren standen schon in ihrem Geheimkonventikel im Vorgefühl dessen, was später eingetroffen ist. Wie Veruhigungspulver wirkte es, als der Zwischenruf im Palasthotel erscholl:

„Schäfer wird nichts sagen!“

Schäfer, der Repräsentant des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, „wird nichts sagen!“ Es ist keine Gefahr, daß ein Geschwände kommen könnte, durch welches die Werkschergen in die Teufelsküche geraten. Die Schwelmenischen haben alle Ursache, sich zu beruhigen. Es gibt in Deutschland jetzt eine Bergarbeiterorganisation, die sich hin und wieder zwar noch etwas radikal gebärdet, aber im Grunde bestrebt ist, wie die Fachabteilungen und die Gelben, den Herrenmenschen in der Bekämpfung der Bergarbeiterforderungen auf halbem Wege entgegenzukommen!

„Schäfer wird nichts sagen!“ Die Herren fühlten diesen Jubelruf als ein Stück Programm des christlichen Gewerkevereins! Und noch mehr konnten sie sich beruhigen, als einige Wochen nach der Ministerpräsidentenkonferenz der Landtagsabgeordnete Zombus bedauerte, daß die Bergherren die christliche Gewerkschaftsbewegung so sehr verteuern. Die Interessen der Christlichen gingen doch in so vielen Punkten mit denen der Bergherren zusammen!! Mit den Sozialdemokraten auf eine Stufe gestellt zu werden, hätten sie (der Gewerkeverein) doch wahrhaftig nicht verdient!

Die Vorahnung der Bergherren ist eingetroffen. Wir stehen heute so:

Was auch die Arbeiterverböhner und die Verächter der Bergarbeiter ausheken mögen, gewerkschaftlich ist schon verifiziert worden, daß sie eher zum Streikbruch greifen werden, als daß sie Solidarität üben mit den im Bergarbeiterverbände organisierten Bergarbeitern. Falls es diesen einfällt, sich gegen die Bedrückungen der Werks-

folg begleitet gewesen ist, daß von Organisation zu Organisation die Verständigung gescheitert sei. Der „Bergknappe“ trägt diese treue Botschaft auf der ersten Seite seiner letzten Nummer auf, auf der siebenten Seite wird er teilweise und im „Evangelischen Arbeiterboten“ noch mehr an den Lügenpranger gestellt. Muß nicht da im Gewerkschaftsgebäude schon längst das Heulen und Weinen eingeleitet sein? Aber noch von anderer Seite wird der „Bergknappe“ Lügen gestraft und zwar was das „Scheitern der Verhandlungen“ betrifft. Die Zentrumspresse teilt überflüssigerweise noch folgendes mit:

„Zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine und dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ist auf Grund der Vorschläge, wie sie der Gewerbeverein den konfessionellen Vereinen gegenüber aufgestellt hat, ein Zusammengehen bei den Knappschafswahlen vereinbart worden. Der Ausschuß des Rheinisch-Westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine hat an die einzelnen Vereinsleitungen eine diesbezügliche Aufforderung ergehen lassen; ebenso sind die örtlichen Zeitungen des Gewerbevereins angewiesen worden, in diesem Sinne zu handeln.“

Noch keine zehn Zeilen hatte der Schreiber des ersten Leitartikels im letzten „Bergknappen“ geschrieben und er sah schon bis über die Ohren in selbstangehaufenen Lügen und Dred. Guten Appetit!

Nochmals, wer hat die Parteipolitik in den Knappschafswahlkampf gezerzt?

Diese Frage war eigentlich schon beantwortet, als der Gewerbeverein die Führung der evangelischen Arbeitervereine und die nationalliberalen Parteiführer um Unterstützung bei den kommenden Wahlen im Ruhrbecken anwinkelte. Aber die Puppen kamen erst so recht zum tanzen, als die „Rheinische Volkszeitung“ ihren bekannten Sammlungsartikel schrieb und die Nationalliberalen, die Zeichen, überhaupt alle Nichtverbändler aufforderte, doch die „Vorschläge“ für die kommenden Knappschafswahlen (sogar bei den Knappschafswahlwahlen zu schlagen). Die schwarzen Schnapsblodbrüder und die Lohndrücker im Bergbau nebst ihren belobten und unbelobten Spießgesellen, sie alle sollten gegen den Bergarbeiterverband zusammenhalten. Dann gelang es vielleicht, den Verband zu zerren und in verfeilter Weise machte das Zentrumsorgan dann aufmerksam, daß man später sich durch Veränderung des Wahlrechts die zedenfreundliche Majorität im Knappschafsbereich sichern könne! Wie sich der christliche Gewerbeverein im Kampfe gegen die Wahlrechtsbestrebungen der preussischen Arbeiter bewährt habe, das wurde von dem Organ ganz besonders hervorgehoben. Dem christlichen Gewerbeverein wurde dieses schändliche Zeugnis ausgestellt, daß er mitgeholfen habe, Millionen preussischer Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern und Beamten nach wie vor rechtslos zu belassen! Genau so als Feind der schaffenden Bevölkerungsguppen hat sich der Gewerbeverein anlässlich des Politische Gesetzes, der Finanzreform und bei anderen Gelegenheiten bewährt. Er war der Schnapsblodgesellschaft stets ein treuer Verbündeter. Der seine Aufgabe, jeden Protest der Bergarbeiter gegen bitteres Unrecht im Keime zu ersticken, wenn nicht anders, dann im Namen der „Neutralität“ und der „Religion“ erfüllte! Und die „Rhein. Volkszeitg.“ wimmerte bei den Zeichen von Verzehrung, wenn der christliche Gewerbeverein nach Ansicht der Zeichen und der von diesen ausgehenden nationalliberalen Partei nicht immer ganz „stübenrein“ gewesen sei. Aber die Sammlung sei nötig. Ein Schlag, der den Verband bei den Knappschafswahlen trafe, trafe auch die sozialdemokratische Partei! So war die Frage aus dem Saal gelassen worden! Die Zentrumspresse im Ruhrbecken sorgte warm für Weiterverbreitung des Artikels ihres führenden Organes.

Nun hat sich auch der „Bergknappe“ ausgesprochen über die politischen Konsequenzen der kommenden Knappschafswahlen. Wir lesen im ersten Leitartikel des letzten „Bergknappen“ (Nr. 34 vom 20. August):

„Wir können es begreifen, daß die Sozialdemokratie von diesem Zusammengehen nicht erbaut ist, denn dadurch wird die Position des Gewerbevereins etwas (!) gestärkt. Aber nicht nur dieses erfüllt die Genossen mit banger Sorge (!), sie sehen weiter, sie glauben, dieses gemeinschaftliche Arbeiten der Anhänger beider Konfessionen und verschiedener politischer Parteien

würde für die nächste Reichstagswahl politische Wirkungen auslösen gegen die Sozialdemokratie. Was sein, wir wollen das dahingestellt sein lassen. Sozial ist aber Tatsache, wenn bei den kommenden Reichstagswahlen die Anhänger der bürgerlichen Parteien zusammenhalten, dann ist ihnen ein glänzender Sieg sicher.“

Wir sagen nochmals, die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat nicht ein einziges politisches Moment erörtert, ehe die Parteipolitik durch Gewerbeverein und Zentrumspresse in die Wahlkampfarena geworfen wurde. Erst als das Zentrum und die Nationalliberalen anfangen ihre parteipolitischen Suppen im Knappschafswahlkampf zu kochen, hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf dieses politische Betrügerspiel, das mit der Ruhrbergarbeiterschaft gespielt werden sollte, hingewiesen. Aber der „Bergknappe“ lacht, obwohl die Druckerwärme der oben angezogenen Artikel der Schnapsblodpresse noch nicht trocken ist, die Sache schon so hinzustellen, als ob der Bergarbeiterverband oder sein Organ die Parteipolitik in den Wahlkampf hineingezerrt habe. Das ist der Gipfel der Bergknappenverlogenheit, die sich nur behaupten kann, weil das Blatt noch instinktmäßig auf die Dummheit seiner Leser spekulieren kann.

Weiter schreibt der „Bergknappe“, auf einen eventuellen Sturz Gues bei der nächsten Reichstagswahl eingehend:

„Wir würden es sehr für wünschenswert halten, wenn dieser Mann (Gue) aus dem Reichstage verschwindet und zwar im wohlverstandenen Interesse der Bergarbeiter!“

Gue sei Sozialdemokrat, habe jahrelang keiner Kommission angehört, hiesse Neben zum Fenster hinaus, habe bei Beratung des Kaligesezes bewiesen, daß ihm die Befähigung, für die Bergarbeiter Brauchbares zu schaffen, völlig fehle!

Das schreibt das Gewerbevereinsorgan von einem Manne, der, wie man so zu sagen pflegt, mehr Kenntnis in seinem kleinen Finger besitzt, als die ganze Gewerbevereinsführerbaggage zusammen. Diese geistigen Anipfe am „Bergknappen“ wissen nicht einmal, wie sie sich mit solchem Getue und Auslassungen selbst vor aller Welt bloßstellen und lächerlich machen, sonst würden sie schweigen. Das Urteil darüber, wer und was Gue ist, können wir darum ruhig der Öffentlichkeit überlassen. Nur zu Ruh und Frommen der nationalliberalen Verbündeten wollen wir ein Urteil über Gue heranziehen, das noch kürzlich der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Arning über unseren Kameraden Gue, der sich, was wir feststellen wollen, bisher wegen einer größeren literarischen Arbeit vom Wahlkampf ferngehalten hat, fällt. In einem Artikel im „Sannoverschen Anzeiger“: „Wie das Kaligesez entstand“, schreibt Herr Dr. Arning u. a.:

„Die Sozialdemokraten wollten zwar in erster Linie eine Verstaatlichung des Kaliberghauses zugunsten des Reiches oder ein Verkaufsmonopol des Reiches; aber, wenn dieses nicht zu erlangen sei, so würden sie auch für ein Gesetz anderer Art zu haben sein.“

Der Führer der Sozialdemokraten war in diesem Falle der ehemalige Bergmann (Gue war nicht Bergmann, sondern Metallarbeiter. D. R.) Gue, dessen außerordentliche politische Gewandtheit, dessen Rebekunft und sachmännliche Tätigkeit jeder, der geneigt ist, seine Mitmenschen zu beobachten, in den Jahren der politischen Tätigkeit dieses Herrn hat wahrnehmen können. Zugleich aber konnte man sich denken, da er der sozialdemokratischen Partei angehört, daß er nicht allein, ganz gewiß nicht in der Hauptsache, die Industrie sichergestellt habe, sondern daß er für die sozialen Pläne der Sozialdemokratie wertvolle Grundlagen in dieses Gesetz hineinzubringen versuchen würde, was sich ja auch schon in einer Anzahl Anträge, die die Sozialdemokratie stellte, kundgab.

Diese Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie unter dem Druck dieses klugen und gewandten Herrn, ein derartiges Gesetz betätigen zu wollen, auch ein solches, welches mehr dem Entwurfe entsprach als das, welches zustande kam, konnte daher wohl dem Handelsminister den Gedanken eingeben, daß er mit seinem eigenen, im übrigen sehr sorgfältig ausgearbeiteten Entwurfe, wenn auch nur unter gewissen politischen Rücksichtnahmen, Glück haben würde. Und so ging es mit vollen Segeln in die Beratung hinein.“

Sogar ein Parteifreund des Herrn Behrens, Reichstagsabgeordneter Rölle, konnte nicht umhin, die Arbeit der Sozialdemokraten beim Kaligesez anzuerkennen. Gegen das Urteil dieser Leute wiegt das Geschimpfe des „Bergknappen“ gegen Gue, von Vossheit und Neid erzeugt, federleicht! Wir treiben keinen Personenkult mit unseren Kameraden, aber wir halten es für unsere Pflicht, Menschen, die sich so um die Berg-

arbeiterschaft verdient gemacht haben, wie Gue, gegen Angriffe zu verteidigen.

Zudem nun der „Bergknappe“ mit allerhand Argumentationen jongliert und parteipolitische Rückfälle dem Ausfall der kommenden Knappschafswahlen zieht, das verlogene Organ hin und erklärt, die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein — „wie es der Gewerbevereiner Bergarbeiter tatsächlich ist!!! Und gleich dara es wieder:

Und wenn dieses Zusammenwirken im Knappschaf zur Folge hat, daß bei der nächsten Reichstagswahl die linken Parteien sich näher kommen gegen die Sozialisten dann sagen wir dazu: Glück auf!

Dieser Erguß ist das Relief der großartigen „Neu des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, der durch gan ein über das andere Mal ausruft, ein Gewerkschaft dürfe keine Parteipolitik treiben! Man kann uns das nachfühlen, wenn wir zu der Ueberzeugung gelangen, daß es überflüssig ist und die Zeit verdröbeln heißt, in solchen Organen sich noch abzugeben. Leider können wir das und durch verlogene Reden nicht ruhig wirtschaften lassen will, sonst kennt dessen Verlogenheit überhaupt keine mehr. Die Wirkung einer solchen Kampfesweise bleibt bemerkbar. Der Bergarbeiterverband hat in den letzten mehr Leberzitte aus dem Gewerbeverein als in Monate erhalten! Es wird noch besser kommen, sobald die Mandate des Gewerbevereins erst hinter die gewerkschaftliche Lunte ihrer Organisation gekommen sind. Wenn sie erst erkannt haben werden, daß ihr Gewerbeverein einiger Mandate halber sich den arbeiterfeindlichen Parteien als Stiefelputzer an den Hals wirft, der sich in „Neutralität“ einhüllt, wenn die volksausplünderischen Parteien die Taschen der Arbeiter leeren, der aber nichts von Neutralität an sich hat, wenn es gilt, einige Mandate zu retten. Was sich jetzt auch wieder im Knappschafswahlkampf zeigt.

Nur nichts vergessen!

In der „Essener Volkszeitung“ vom 19. August findet sich ein Artikel „Soziale Wahlen und Parteipolitik“. In diesem Artikel sucht das Blatt darzulegen, daß in den Fragen der Parteipolitik die Parteipolitik keine Rolle spielen dürfe! Aber da mit der Sozialdemokratie keine Parteipolitik (Nicht zentralistischer Brotwucher, Volksausplünderung und Volkentrechtung) gemacht werden kann, so müßten sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen bei sozialen Wahlen, und dann heißt es wörtlich weiter:

„Dazu zwingt auch das Verhalten der Sozialdemokratie selbst. Sie betrachtet die Wahlen vom Standpunkte des politischen Geschäftsmannes. Das gilt nicht nur für die rein politischen, sondern auch für die sozialen Wahlen.“

Auch jetzt bei den Knappschafswahlen sehen wir diese alte Wahrheit erneut bestätigt. In kommenden Jahre sind bekanntlich wieder Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie bekräftigt von einem für sie ungünstigen Ausfall der Knappschafswahlen die Folgen für die Reichstagswahlen. Deshalb wird schon jetzt bei den Knappschafswahlen von den Genossen zum Kampf gegen die nationalliberale und die Zentrumspartei, weil diese Parteien im Ruhrbecken die schärfsten Konkurrenten der Sozialdemokratie sind. Es ist ja auch Tatsache, daß, wenn sich diese Parteien in den Reichstagswahlkämpfen — wenn auch erst in den etwaigen Stichwahlen — gegenseitig vorbehalten unterstützen, die Sozialdemokraten herausgeholt werden.

Die Sozialdemokratie fürchtet dies, und deshalb wird schon die Knappschafswahlbewegung benutzt, die rote Parteiliste zu kochen. Dadurch wird den Bergleuten keineswegs genügt. Natürlich suchen die Sozialdemokraten ihr Vorgehen zu beschönigen, weil sie selbst sehr wohl wissen, daß die Knappschafswahlen nicht rein parteipolitisch sein können. Sie verbächtigen die bürgerlichen Parteien, als hätten diese die Politik in den Wahlkampf hineingetragen und müsse deshalb die Sozialdemokratie eine Abwehrstellung einnehmen. Auf diesen plumpen Hochtäuscherkniff fällt aber heute niemand mehr herein. Die Tatsachen stehen diesem allzu klar entgegen.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat die Führung im Kampfe. Diese Organisation ist parteipolitisch neutral. (1) Wenn der Gewerbeverein einseitige Parteipolitik machen wollte im Knappschafswahlkampf, wenn er sich einseitig für eine Partei festlegen wollte, dann wäre er selbst der Geschädigte, dann wäre ein Zu-

Industrie und Arbeiter im Reiche des Mikado.

Von Chagrin.

VI.

(Nachdruck verboten.)

Über die Arbeiterbewegung in Japan.

In der Literatur, die sich mit den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen des Mikadolandes beschäftigt, trägt man allenthalben auf recht erfreuliche Berichte über die Arbeiterbewegung Japans. In der amerikanischen, englischen und französischen Presse noch mehr als in der deutschen. Nicht nur bürgerliche, sondern auch sozialistische Autoren wissen davon zu erzählen. Die letzteren konnten das um so leichter, weil der Wunsch ihre Feder zu führen. Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart proklamierte der amerikanische Delegierte Simons: Japan hat sich in kurzer Zeit nicht nur zum Kapitalismus, sondern auch schon zum Sozialismus entwickelt!

Glücklich die, die nicht sehen und doch glauben! Wohl dem, der nicht hinauszieht, diese wunderbaren Kräfte kennen zu lernen, die dem versteinerten Feudalismus von gestern sich in kurzer Zeit Kapitalismus und Sozialismus entwickelten.

Japan hat — leider — noch keine Massenbewegte Arbeiterbewegung, noch eine moderne Gewerkschaftsorganisation, noch eine sozialdemokratische Partei.

Da sich über ein Nichts nichts sagen läßt, so können diese Zeilen auch nicht die Arbeiterbewegung Japans behandeln, sondern sie sollen die Ursachen darlegen, warum es dort noch nicht dazu kommen konnte, und auch, warum Versuche, eine zu schaffen, scheitern mußten und vorläufig noch scheitern werden müssen, wenn welche unternommen werden sollten.

Aber, höre ich jagen, wir konnten denn so ermutigende Berichte geschrieben werden? Abgesehen von bürgerlicher Stand (Great Japan), der das eifrig freudigsten Japan für das Abendland vorzuführen mußte, und auch abgesehen von dem Sozialisten Kongreß (La Revue), der mit dem Stand heute, den andere Leute geliebt, wie sollten denn die anderen Beschreiber Japans zu ihren Ansichten gekommen sein?

Vielen von diesen Autoren geht es schon bei der Beschreibung der Industrie Japans wie den Indianern am Mississippi bei der Beurteilung der Dampfboote. Wie diese die Stärke und Gefährlichkeit eines Dampfes nach der Farbe und Schwärze des Qualms schätzten, der dem Schloß entwich, so beurteilten jene die Größe der Industrie nach der Quantität und Qualität des Ausflusses der Fabrikrauchs. Die Zahl der Kamine macht sie aufmerksam, ihr schwarzer Qualm macht sie fähig, das aus den Werkstätten an das Ohr dringende Getöse macht sie angiglich, und im Fluge sind mehrere Kapitel über die Stärke der japanischen Industrie, über die rastlose Tätigkeit der kleinen braunen Genies und über die „Gelbe Gefahr“ auf dem Weltmarkt, fertig. Dann hören sie die Zahlen über die Stärke der Fabrikarbeiterschaft, es wird ihnen von den niedrigen Arbeitslöhnen erzählt, von dem Elend des Proletariats zeugt der Mangel der Arbeitskräfte, und nun wird daraus mit unheimlicher Sicherheit geschlossen, daß es eine sozialistische Bewegung geben müsse. Das beste Mittel aber Erfolgsaussicht der Schwärze des Elendes ent-

sprechen muß, ist für sie selbstverständlich. Umfangreiche Artikel, wenn nicht ganze Bücher über die sozialistische Bewegung in Japan sind die unausbleibliche Folge.

Hätten diese ferdigemachten Leute industrielle Großbetriebe mit den Augen des Fachmannes gesehen, hätten sie eine Ahnung von der Organisation moderner Fabriken, kennen sie die Arbeitsmethoden und die geistigen, moralischen und beruflichen Qualitäten unserer Fabrikarbeiterschaft, kurzum, verstünden sie etwas von den ersten Notwendigkeiten für den Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie, ihre Berichte über die „gelbe Gefahr“ auf dem Weltmarkt wären in Abrahamsschoß gefallen. Und wüßten sie, daß neben qualmenben Fabrikschlotten, schwebendem Elend und 800 000 Fabrikarbeitern noch eine Anzahl Vorbedingungen erfüllt sein müssen, ehe es eine Massenbewegte Arbeiterbewegung geben kann, so hätte ein auch nur oberflächlicher Blick auf die japanischen Verhältnisse gezeigt, daß heute die Existenz einer sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisation im Lande des Mikado ein helles Wunder sein müsse.

Für das nicht durch die sozialistische Erkenntnis und fachtechnische Bildung geschärzte Auge mußten naturgemäß Nebensachen zu Hauptsachen, vage Erzählungen zu vollendeten Tatsachen, Halluzinationen und Illusionen zu ersten Berichten werden. Eine Kontrolle war kaum möglich, denn in Europa ist die Kenntnis über Japan schwach und der Weg dahin ist viele Tausend Meilen weit. Und die, die berufen wären, einer Regendenbildung entgegenzutreten, hatten kaum Anlaß dazu, weil sie darin keinen Vorteil erblicken konnten. Damit ist aber dem Massenbewegten Proletariat schlecht gedient. Dieses braucht Wahrheit vor allem. Ihm können Läuflungen und Schönfärbereien, so gut sie auch gemeint sein mögen, so angenehm sie auch klingen, nur schaden. Es muß einen ungeschönten Bericht über die Stärke und Schwäche aller seiner Teile haben.

Ein in Europa als Sozialist wohlbekannter Japaner, der, da er durch die amerikanische und englische (Partei-)Schule gegangen ist, nicht die irreführende Vorstellung der deutschen Sozialdemokraten von einer Arbeiterorganisation haben kann, gab mir, als ich vor einigen Monaten von ihm schrieb, unter anderem auch folgende Zeilen mit:

„Es müssen schon vor dem chinesisch-japanischen Krieg in Japan einige Sozialisten gewesen sein. Aber eine wirkliche sozialistische Bewegung in irgend einer Form gab es niemals vor Beendigung dieses Krieges. Es war am 20. Mai 1901, als sechs Sozialisten eine sozialistische Partei in Japan gründeten, in der Erwartung, den Anschluß der Gewerkschaft der Lokomotivführer gleich nach unserer Konstituierung zu erleben...“ Aus diesem Anschluß wurde aber nichts, weil von dieser Gewerkschaft, die ein glücklicher Streik von ein paar Tagen geboren, bald nichts mehr zum Anschließen übrig blieb. Es wurde dann versucht, die Arbeiter für die „Partei“ zu gewinnen. Aber die schwachen Kräfte mußten für die Erhaltung der Zeitung, aber wenn dahingestrichelt, für die Schaffung einer anderen eingeseht werden.

Die sozialistische Partei ist oft gegründet worden. Beim Durchblättern der Zeitungen stößt man wiederholt auf Notizen, die eine neue „Partei“ anzeigen. Das letzte Mal (?) wurde eine von zwei Mann (am 21. Dezember 1908) gegründet. Jetzt bestehen sogar zwei „Parteien“, eine radikale und eine „reformistische“. Daß das Wort Partei in Japan weniger einbrudsvollen Sinn hat, als anderwärts, läßt die oben mitgeteilte Zahl der Gründer leicht erkennen. Das nämliche gilt auch von den Kongressen. Sieht man von den „Gründungs-Kongressen“

ab, fanden noch drei statt. Diese Tagungen sind lose Zusammenkünfte einiger Leute, hinter denen weder eine Organisation noch eine sympathisierende Volksmasse steht, von deren Teilnehmern eine sozialistische Ueberzeugung nicht gefordert werden konnte und auch nicht verlangt wurde.

Der erste „Kongreß“, der zur Zeit der Ausstellung in Osaka (5. und 6. April 1903) stattfand, war eine Veranstaltung für propagandistische Zwecke und sein „Erfolg“ wurde noch gehoben durch die Anwesenheit eines Mitgliedes der österreichischen sozialistischen Organisation“.

Als nächster „Kongreß“ (März 1908) tagten fünf und zwanzig Mann in dem Zimmer des radikalen „Genossen“ Misshitawa — um den Kameraden Katayama auszusprechen. Deshalb er ausgesprochen wurde, wird aber nicht gesagt. Wenn ich die traurigen Berichte richtig verstehe, hat dann auch die weniger radikale Seite einen „Kongreß“ gegen die Ausschließung veranstaltet. Der Streit in der ein paar Köpfe zählenden „Partei“ hatte die Spaltung in einen „anarchistischen“ und einen „sozialistischen“ Flügel zur Folge. Und heute haben wir zwei „Parteien“ in Japan. Diesen Zustand braucht niemand tragisch zu nehmen. Denn diese „Parteien“ sind ein zufälliges Zusammenfinden mehrerer Leute, über deren politische Meinung oder Verechtigungen zur Teilnahme sich niemand strepseln macht. Das gleiche gilt von den „Kongressen“. Hinter beiden steht keine Organisation, schon aus dem einfachen Grunde, weil es eine solche nicht gibt, niemals gegeben hat.

Uebrigens wird das Gesagte auch von dem schon zitierten japanischen Genossen bestätigt: „Die Sozialisten des Landes haben keine Parteioorganisation, keine andere Verbindung, als die Zeitung darstellt (ein 4seitiges Monatsblatt, das durch die Anstrengung von zwei Leuten gerade weiter geschleppt werden kann). Aber wir müssen wohl eine lose Organisation in Tokio haben, denn es gibt 170 Leute, die bei gewissen Gelegenheiten von der Polizei überwacht werden. (1) Jetzt haben wir eine geschlossene Vereinigung von ein paar Sozialisten. Sie versammeln sich jeden dritten Mittwoch, um Abendrot bei 8 P zu essen. Es ist die Veröffentlichung von Flugblättern in nächster Zukunft geplant.“ Dieser Bericht läßt die Beschaffenheit der Arbeiterbewegung schrecklich klar erscheinen.

Nun ist das Fehlen einer Organisation für die Stärke einer Bewegung allein nicht maßgebend. Diese kann auch ohne jene einflußreich sein. Die sozialistische Ueberzeugung allein schon kann dem Proletariat Vorteile bringen. Sie hat Widerkraft genug, die Arbeiter, wenn äußere Umstände den besten Zusammenschluß in einer Organisation verbieten, in eine Kampfgemeinschaft zu bringen und darin zu halten, aber nur dann, wenn die Glieder der Gemeinschaft überzeugte, einheitlich denkende und vereint handelnde Genossen sind. Aber wieviel Personen in Japan sind denn überhaupt überzeugte Sozialdemokraten?

Die Leute, die man mir in Tokio als die besten vom roten Saufen auf die Erde schickte und die, an anderen Orten Genossen genannt wurden, sprachen viel krauses Zeug; sie hätten anderwärts, wenn recht nachsichtig examiniert, als Tschingianer, Krapokiniten, Suttnerianer, in Amerika als Single-Lager gelten können, aber beibeibe nicht als Sozialisten. Von einer sozialistischen Organisation mußte nicht etwas, noch konnte einer jemand, der einer wie immer gestalteten Organisation angehört hatte.

(Schluß folgt.)

sammengehen aller fortschrittlich denkenden Elemente gegen die rückwärtigen und volkschädigende Sozialdemokratie (1) unmöglich. Ein Zusammenarbeiten war also nur möglich, wenn die Wahlen seinen einseitigen parteipolitischen Ansprüchen erhielten.

Das wurmt die Sozialdemokratie, ihre Öffnung auf die übliche Zerstückelung ihrer Gegner hat sich als Trug erwiesen. Aber noch gibt sie nicht alles verloren, sie versucht jetzt mit regem Eifer ihrerseits die Wahlen politisch zu mißbrauchen, in der leisen Hoffnung, ihre Gegner dadurch auseinanderzutreiben. Das darf und wird hoffentlich nicht gelingen. Die Vergleiche hätten den Schaden davon.

So, das schreibt das Essener Zentrumsorgan frisch und frech, nicht ganz so sicher tritt in der „Rheinischen Volkszeitung“ Nr. 88 vom 17. August, dem führenden Zentrumsorgan am Rhein, Herr Bogelsang vom Gewerbeverein auf. Zwar wird auch hier von diesem Herrn die Sozialdemokratie beschuldigt, die Knappschaffswahl zu einer Parteibege gemacht zu haben, aber dann heißt es im Artikel weiter:

„Die Neigung einzelner auf bürgerlicher Seite, die Wahlen von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu machen, war ein Fehler. Ganz abgesehen davon, daß es schon nicht im Interesse des Knappschaffsvereins liegen kann, daß überhaupt politische Meinungen in denselben hineingetragen werden, wie es von der Sozialdemokratie geschieht, (1) hätte ein Einetragen parteipolitischer Momente in die Wahl von vornherein die Einigkeit der christlich-nationalgeleiteten Wählererschaft gefährdet. Wir haben eben im Ruhrrevier auf bürgerlicher Seite mehrere politische Parteien.

Der christliche Gewerbeverein konnte also gar nicht anders handeln, als ein solches Beginnen abzulehnen und sich auf den Boden stellen, die Wahlen müßten von sozialen Gesichtspunkten aus getätigt werden.

Den Sozialdemokraten hätte nichts erwünschter kommen können, als wenn vom christlichen Gewerbeverein politische Momente in den Wahlkampf aufgenommen worden wären. Es wäre ihnen dann bedeutend leichter gewesen, die verschiedenen politischen Parteien zugehörigen Arbeitermassen gegeneinander auszuspielen, als es jetzt der Fall ist. Versucht die sozialdemokratische Presse doch jetzt schon fortgesetzt, die nationalliberalen Parteiführer als von den Unternehmern bezahlte Funktionäre den katholischen Arbeitern vorzustellen, die sich nur im Unternehmerinteresse um die Wahlen kümmern. Auf die Zeitung der evangelischen Arbeitervereine wird ebenfalls „geschossen“, indem man ihnen vorwirft, sie verstanden von der Sache nichts. Den evangelischen Arbeitern redet man vor, sie sollten wieder mit ihren „Erzfeinden“ zusammengehen, und ihre gehobene Ehre würde mit Resolutionen nachher wieder repariert. Ja, die Engländer wird sogar herbeigeschleppt, und obwohl die anständige Presse längst den zuerst von ihr veröffentlichten Wortlaut als falsch anerkannt hat, wird er in der sozialdemokratischen Presse von neuem veröffentlicht.

Erfreulicherweise mehrt sich die Zahl der evangelischen Arbeitervereine, die diese Gehe ablehnt und auf dem vom Christlichen Gewerbeverein vorgezeichneten Boden mit diesem zusammengehen. So haben neben dem Kreisverband evangelischer Arbeitervereine für den Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen bis heute eine Anzahl evangelischer Arbeitervereine in den Kreisen Bochum, Neudlinghausen, Essen und Oberhausen-Duisburg sich mit dem Gewerbeverein vereinigt; ebenso eine Anzahl evangelischer Knappschaffvereine. Fast überall, wo die Funktionäre aus den Arbeiterkreisen, aus den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen und dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zur Beratung zusammengetreten, ist man in schönster Harmonie sich einig geworden. Die Bergarbeiter beider Konfessionen in diesen drei Märkchen sehen erfreulicherweise mit wenigen Ausnahmen ein, daß sie das Trennende bei diesem Wahlkampf zurücktreten und das sie gemeinsam Verübende in den Vordergrund stellen müssen, falls nicht die Sozialdemokratie triumphieren soll. Die immer stärker sich geltend machende Erkenntnis, daß beide so viel Gemeinames zu vertreten haben, wobei das Trennende ausgeglichen werden kann, ohne daß jemand von der Anschauung seines Bekennnisses auch nur das geringste preisgeben braucht, dürfte mit dieser Knappschaffswahl schließlich wieder verschwinden. Bleibt diese Erkenntnis aber bestehen, ja, wird sie noch stärker, so dürfte sie auch noch weitere Wirkungen haben, die man im Interesse der gesamten Arbeiterschaft nur begrüßen könnte.

Herr Bogelsang hat gewiß den letzten „Bergknappen“ noch nicht gelesen, sonst müßte er zugeben, daß nicht nur auf bürgerlicher Seite die Neigung im einzelnen bestand, die Knappschaffswahlen vom parteipolitischen Standpunkt zu machen, sondern daß nach dieser Richtung im „Bergknappen“ fleißig gearbeitet wird. Immerhin wird zugegeben, daß schon bürgerlicherseits die Neigung bestand, was bei einem Gewerbevereinschriften schon sehr viel bedeutet. Die Dinge stehen doch wohl so, daß nicht die Neigung bestanden hat auf bürgerlicher Seite, die Knappschaffswahlen politisch auszuschlagen, sondern daß diese Neigung völlig durchgeföhrt wird. Der Schlußsatz in den Ausführungen Bogelsangs läßt darauf schließen, daß er selbst auch auf die politische Ausschlagung der Knappschaffswahlen ausgeht. Was Herr Bogelsang da von konfessioneller Gehe schreibt, trifft uns nicht. Die konfessionelle Gehe überlassen wir dem katholischen Windhorstbund und dem evangelischen Bund sowie anderen derartigen Organisationen, die darin geübt sind. Wir haben damit nichts zu schaffen.

Aber damit nicht vergessen wird, wer Politik in den Knappschaffswahlkampf öffentlich hineingezerrt hat, wollen wir die schwarze zentrierte Vergessenheit besichtigen helfen, indem wir den fraglichen Sammlungs- und Kampfsartikel der „Rheinischen Volkszeitung“, Nr. 621 vom 25. Juli 1910 hier noch einmal im Auszug wiederholen. Hier wurde die Parteifrage zum ersten Male öffentlich aufgerollt! Warum, ist gleichfalls in dem Artikel nachzulesen. Es heißt da:

„Die Sozialdemokratie (soll heißen Bergarbeiterverband) wird natürlich alles aufbieten, um ihre jetzige Stellung zu behaupten. Zurzeit herrscht deshalb zwischen den beiden großen Organisationen ein gespanntes Verhältnis. Ueberhaupt ist der Gegensatz zwischen den beiden Organisationen, trotz gelegentlicher gemeinsamer Aktionen, sehr groß. Das ist jedem Kenner der Verhältnisse bekannt. Der sozialdemokratische Verband zieht im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter einen gefährlichen Konkurrenten, der ihm mit gutem Erfolg die Alleinherrschaft in den Bergbaugewerkschaften streitig gemacht hat. Daher auch der Haß gegen den Gewerbeverein und dessen Führer.

Ohne den Gewerbeverein aber gar gegen denselben kann die Sozialdemokratie ihre politischen Ziele durch wirtschaftliche Bewegungen nicht erreichen. Der große sozialdemokratische „Wahlrechtstrümmel“ ist im Ruhrrevier ziemlich spurlos vorbeigegangen, weil die christliche Organisation sich dieser rein politischen Frage gegenüber entsprechend ihrem grundsätzlichen Standpunkt — parteipolitische Neutralität — ablehnend verhielt!! Und sollte die Sozialdemokratie einmal versuchen wollen, im Ruhrrevier durch den politischen Massenreiz einer Druck auszuüben, ein jämmerlicher Mißerfolg würde ihr beschieden sein. Solche Dinge sind im größten deutschen Industriegebiet unmöglich, so lange eine entsprechend starke christliche Bergarbeiterorganisation besteht. Das hat sich schon im Jahre 1905 bei dem damaligen Streit gezeigt. Schon damals versuchte der radikale Flügel der Sozialdemokratie, die Streikbewegung für sich auszunutzen. Die Herren wurden aber von den eigenen Parteigenossen, wenn von diesen auch mehr der Not gehorchend und vorläufig nur dem eigenen Erische folgend, fast gestellt.

Das Ringen der beiden Organisationen um die Wählermandate hat demnach eine größere Bedeutung, als man im ersten Augenblick annehmen möchte. Würde der Sozialdemokratie eine

größere Schlappe beigebracht, dann würde das zweifellos von Bedeutung sein für die fernere Entwicklung der Verhältnisse in diesem größten deutschen Industriegebiet. Vielleicht würden sogar die nächsten Reichstagswahlen davon günstig beeinflusst. Drei Kreise des Ruhrreviers sind sozialdemokratisch vertreten: Bochum-Gelsenkirchen-Dattungen, Dortmund und Duisburg-Mülheim (Ruhr). In allen drei Kreisen hat die Sozialdemokratie nur in heiligem Stuchwastklampfe siegen können. Die beiden anderen Kreise, Essen und Neudlinghausen, sind durch das Zentrum vertreten. Letzterer Kreis wurde im ersten Wahlgang, Essen in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten glänzend behauptet.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband ist im Ruhrrevier, man kann ohne Uebertreibung sagen, die beste Stütze der sozialdemokratischen Agitation. Ein Schlag, der ihn trifft, trifft auch die Partei. Deshalb wird die sozialdemokratische Partei auch alles aufbieten, ihren gewerkschaftlichen Bruder zu unterstützen, um dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter eine Schlappe zu bereiten. Die einzige Antwort darauf wäre, daß jetzt auch von nichtsozialdemokratischer Seite in g: Weise der Gewerbeverein unterstützt würde. (111)

Es mag vielleicht nicht jedem erwünscht sein, daß diese Organisation in diesem Kampfe die Führung hat, hier und da wird man auch mit der Haltung und der Taktik des Gewerbevereins nicht immer einverstanden gewesen sein. Eines kann unbeschadet aller, vielleicht in einzelnen berechtigten Kritik aber gesagt werden: Bisher hat es der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter verstanden, der manchmal alle Dämme durchbrechenden Flut der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten.

Er hat deshalb auf die Hilfe aller diejenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterchaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch.

So, nun weiß man, wer die Parteipolitik in den Wahlkampf hineingezerrt hat und warum es geschehen ist! Und nun lassen sich auch die Artikel des letzten „Bergknappen“ noch besser verstehen und auch das Urteil des Fürsten Bismarck, als er von der Zentrumsparthei sprach, als von der Partei der verlogenen Falunken!!!

Ein verlogener „Christ“

Schreibt in den Nummern 83 und 84 des „Bergknappen“ über „Knappschaffliches und anderes zur Reichsversicherungsordnung“. Wir haben uns schon in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ kurz mit dem ersten in Nr. 83 des „Bergknappen“ unter obiger Ueberschrift erschienenen Artikel beschäftigt. (Siehe dort: „Franz Behrens und das Knappschaffswesen.“) Wir haben in einem Artikel schon ausgeführt, daß wir es ablehnen, uns mit Franz Behrens über Knappschaffsfragen auseinanderzusetzen. Wenn wir heute noch einmal das Wort zur Sache nehmen, so nur, um die Verlogenheit des Vurschen, der den letzten „Bergknappen“-Artikel verbrochen, zu kennzeichnen. Am Schlusse seines Artikels in Nr. 84 des „Bergknappen“ schreibt der unwahrscheinliche Mensch:

„Zum Schluß wollen wir nur festhalten, daß der alte Verband in seiner berühmten Petition zu den Bestimmungen über die Knappschafflichen Krankenkassen — neunter Abschnitt — nicht einmal die Einführung der geheimen Wählerwahl gefordert hat!! Also das Verbandsorgan und die Verbandsredner sollten in ihren Angriffen auf den Gewerbeverein und auf die Tätigkeit seiner Führer bescheiden und anständig werden. Damit würden sie den Bergarbeitern wenigstens einen Dienst leisten.“

Der Generalsekretär des Gewerbevereins, Franz Behrens, ist Mitglied der Reichstagskommission zur Vorbereitung der Entwurfs der Reichsversicherungsordnung; ihm hat die Petition des Verbandsorganes und zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgelegen und er kennt mithin den Inhalt derselben. Vielleicht hat Franz Behrens auch den „Bergknappen“ „orientiert“. Wie dem auch sei: Wie der Schreiber im „Bergknappen“ absichtlich, wider besseres Wissen, den Bergarbeiterverband herabzusetzen sucht, das mag der Abschnitt unserer Petition, welcher sich auf die Wahlen der Arbeitervertreter bezieht, zeigen. Der Abschnitt lautet:

„Sinnfichth der Vertreterwahlen bitten wir zu bestimmen, daß die Wahlen der Arbeitervertreter mittels geheimer und direkter Wahl getätigt werden müssen. Den Invaliden sowie den die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzenden Mitgliedern ersuchen wir das aktive und passive Wahlrecht bei den Vertreterwahlen zu verleihen.“

Die Bergknappendriften stinken auf zehn Meilen nach Lügen. Pfui!

Eine christliche Infamie.

Der christliche Bezirksleiter Keldens hat am Sonntag, den 14. August, beim Wirt Drees in Steele in einer Belegschaffsversammlung ausgeführt, daß

„man im Bergarbeiterverband allen Grund habe, den Mund nicht so voll zu nehmen. Bei uns im Gewerbeverein passiert es nicht, wie im Bureau des Bergarbeiterverbandes, daß angestellte Mädchen mit spitzenbuckelten Schürzen im Bureau herumspazieren und dann meistens zum Bureau in geschwängertem Zustande abgehen. Besonders die M. aus Sachsen ist zweimal vom Bureau in einem derartigen Zustande heruntergegangen.“

Wenn die Auslassungen einen Sinn haben sollen, werden Verbandsbeamte beauftragt, mit den Arbeiterinnen auf dem Bureau geschlechtliche Beziehungen zu unterhalten! Der gewissenlose Mensch, der eine so ungeheure Behauptung aufstellt, ist nicht wert, daß man ihn selbst einer Antwort würdigt. Aber dem Gewerbeverein gratulieren wir zu solchen Beamten. Sie zeigen uns den Muth, in dem man gewerkschaftsmäßig jetzt waret. Und das heult von 30 000 Mark-Flugblattmännern! Den Christen gilt die Ehre ihrer Mitmenschen nichts mehr. Damit müssen wir uns abfinden. Im übrigen wird diese Verleumdung in den nächsten Wochen vor Gericht noch eine Rolle spielen und es wird gezeigt werden können, aus welchen Quellen die Gewerbevereinsbeamten ihre Verleumdungen schöpfen.

Solche Kampfweise muß geradezu alle reinlichkeitsliebenden Menschen anekeln und es trifft genau das zu, was im Jahre 1904 das nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“ (Nr. 206) schrieb:

„Der Kampf um die Knappschaffswahlen geht so scharf ein, wie nie zuvor. Leider werden auf christlicher Seite die allergeringsten Fehler gemacht. Das Flugblatt, das in diesen Tagen vom Vorsitzenden des christlichen Gewerbevereins, Herrn August Wurst, in die Welt gesetzt wurde, hat der von ihm vertretenen Sache nicht nur nichts genützt, sondern im Gegentheil, ganz erheblich geschadet. Die darin niedergelegten wüsten Schimpfereien übersteigen in der Tat so sehr alles Zulässige, daß man sich gar nicht wundern darf, wenn viele Vergleiche sich davon geradezu angewidert fühlen und lieber gar nicht zur Wahl gehen, als sich zum Bundesgenossen und Spießgesellen eines solchen Schimpfstruosen zu machen.“

Die Zeiten vom Jahre 1904 kehren wieder. Brust hat seine Nachahmer gefunden. Wir haben darum nur noch die Aufgabe, an das Reinlichkeitsgefühl der Bergarbeiter zu appellieren. Wer sich nicht schämig machen will, kann und darf solcher insgemein Vurschen, wie sie im christlichen Lager jetzt hausenweise auftauchen, keine Gefolgschaft

leisten. Es gibt nicht harte Worte und Bezeichnungen genug, um solche schmutzige verlogene Kampfweise von Leuten, die zu allem Sohn sich noch Christen nennen, zu kennzeichnen.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“

unternimmt in ihrer letzten Nummer vom 20. August gleichfalls einen unglücklichen Versuch, dem christlichen Gewerbeverein als Helfer bei den Knappschaffswahlen beizuspringen. Mit einem Aufwand von „großer sittlicher Entrüstung“, die für vorkommenden Fällen hausenweise bei der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ aufgeloapelt ist, wird die 30 000 Mark-Flugblattgeschichte aufgewärmt, ohne von unseren Darlegungen über diese Angelegenheit auch nur die geringste Notiz zu nehmen. Das christliche Organ meint, das 30 000 Mark-Flugblatt habe 1904 seine Wirkung nicht verfehlt! Da auch früher schon diese Behauptung aufgestellt worden ist, wollen wir bemerken, daß das 30 000 Mark-Flugblatt gar keine, auch nicht die geringste Wirkung auf den Ausfall der Knappschaffswahlen im Jahre 1904 ausgeübt hat. Durch das Vorgehen des Verbandsvorstandes wurde der Wirkung des Flugblattes die Spitze gebrochen! Aber die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ und die anderen frommen Organe sind nicht ehrlich genug, um das einzugehen. Wenn das 30 000 Mark-Flugblatt irgendwelche Wirkung ausgeübt hätte, dann müßte sich doch naturgemäß, nachdem später die Sachlage geklärt, die Reaktion bezw. die Mißwirkung einstellen. Was aber haben wir erlebt? Nicht nur bei den Wählerwahlen im Jahre 1904 wurden die Christlichen geschlagen, nein, auch bei den bis vor kurzem stattgefundenen Nachwahlen holte sich der Gewerbeverein eine Niederlage nach der anderen!! Niederlagen, die ganz besonders die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ geschmerzt haben. Sie war es denn auch, die dem Gewerbeverein wegen der Niederlagen anriet, bessere Fühlung mit den konfessionellen Arbeitervereinen anzubahnen, die jetzt zu dem christlich-zentriert-nationalliberalen Kompromiß geführt hat. Wenn die 30 000 Mark-Flugblattgeschichte eine Wirkung ausgeübt hat, dann die, daß sich die Bergarbeiter von der höchst schloffen und unchristlichen Ausschlagung des 30 000 Mark-Flugblattes angewidert fühlen. Sie warfen, angeekelt durch das heuchlerische Treiben der christlichen Gewerkschaftsführer und der Zentrumspresse, die christlichen Welfen gar aus den festesten christlichen Hochburgen zum Tempel hinaus und wählten Verbändler!

Wir schenken darum der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ ihre übrigen unwahren Anempfehlungen. Am Wahltag, am 17. September, wird ja alles zusammen quittiert werden!

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß in Brüssel.

Der diesjährige Internationale Bergarbeiterkongreß wurde am Montag, den 8. August, im Volkshaus (Maison du Peuple) zu Brüssel eröffnet. Als Beratungsgegenstände waren zur Beratung gestellt die Fragen der Arbeiterinspektoren im Bergbau, der Nationalisierung der Bergwerke, der Regelung der Löhne, bessere Vergesellschaftung, Frauen- und Kinderarbeit, Regelung der Arbeit in den Bergwerken, Altersrenten, Unfallentschädigung, Weltfriede, Regelung der Produktion, jährliche Ferien und Verchiedenes. Wir sehen, der Kongreß hatte sich mit einer Tagesordnung belastet, die drückend auf den Gang der Verhandlungen erwidert werden mußte. In fünf Verhandlungstagen genügend Aufklärung zu geben über die Verhältnisse bezüglich der einzelnen Fragen in den einzelnen Nationen ist an sich schon wenig denkbar. Hinzu kommt dann die Uebersetzung der Medien in drei Hauptsprachen; als vierte trat diesmal die Uebersetzung aus dem Holländischen hinzu. Nirgends anders empfunden man das Elend des babylonischen Sprachengewirrs so, als auf internationalen Kongressen. Gleiches Empfinden, gleiche Wünsche und Forderungen, gleiche Ziele, aber nicht die gleiche Sprache! Das ist, was die Arbeiter mehr als andere Bevölkerungskreise hart zu fühlen bekommen. Viel, viel weiter wären wir mit der internationalen Verständigung der Arbeiter, gäbe es eine Sprache, die die Arbeiter neben ihrer Muttersprache noch hinzugelehrt hätten. Die internationale Verständigung der Arbeiter widerstrebt aber den Prinzipien der herrschenden Klassen, darum gibt man sich hier zufrieden, wenn der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung selbst das Abc der Muttersprache nur mangelhaft beigebracht wird. Es wäre wünschenswert, wenn unsere jüngeren Kameraden daran gingen, neben der Muttersprache eine der übrigen Hauptsprachen hinzu zu lernen, etwa Englisch oder Französisch. Sprachkenntnisse sind ein wichtiges Gut!

Dennoch, man war auf dem Kongreß in Brüssel allseitig bestrebt, in möglicher Kürze die Umriffe der Zustände im Bergbau in den einzelnen Ländern zu geben. Und Dank dieser Herse war es möglich, sämtliche Verhandlungen gegenstände und durchzuführen. Immerhin wurde am Schluß der Verhandlungen der Wunsch ausgesprochen, die nächsten Kongresse nicht mehr mit einer solchen vielseitigen Tagesordnung zu belasten, denn wir uns nur anschießen können.

Auf dem Kongreß waren 139 Delegierte anwesend, davon allein 88 aus England. Deutschland hatte vier Delegierte entsandt, wovon drei dem Bergarbeiterverband und einer der Polnischen Berufsvereinigungen angehörten. Der Gewerbeverein S.-D. hatte von einer Bescheidung des Kongresses in diesem Jahre Abstand genommen, ebenso die Bergarbeiterunion in Oesterreich. Auch waren die Amerikaner ausgeblieben. Dafür hatten Holland und Bulgarien zum ersten Male einen Delegierten entsandt. Aus Frankreich und Belgien waren 45 Delegierte nach Brüssel gekommen. Die Verhandlungen selbst können wir diesmal nur kurz skizzieren, da die Wahlkämpfe zurzeit eine Wiedergabe eines eingehenden Verhandlungsberichts nicht gestatten.

Die Beurlaubungsaufsprachen waren wie immer recht herzlich. Der englische Bergarbeiterveteran Edwards, Parlamentsmitglied, erinnerte daran, daß die Internationalen Kongresse ihre Großjährigkeit erlangt hätten, der in Brüssel sei der einundzwanzigste. Selbstverständlich fehlte es nicht an Mühsal und allseitig wurde betont, daß die Internationale der Bergarbeiter-trägliche Fortschritte gemacht habe, die Kongresse darum ihre Aufgaben erfüllten. Man könne hoffnungsvoll in die Zukunft schauen!

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Frage der Arbeiterinspektoren behandelt. Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Stellungnahme des Kongresses zur Grubenkontrolle wiedergegeben und festgestellt, wie sich der Kongreß nochmals auf den Standpunkt der deutschen Forderung stellte, als Arbeiterkontrollen unabhängige, mit weitgehenden Rechten ausgestattete Personen zu wählen. Mit Recht hob der deutsche Delegierte Gusemann hervor, daß die preussische Regierung selbige, wenn sie mit den heutigen Sicherheitsmännern sich die „Seele der Bergarbeiter“ zurückerobern wollte! Es bleibt dabei, die freigestellten unabhängigen Kontrollen können den Bergarbeitern den Nutzen bringen, den die erhoffen. Wenn sich der Verband dennoch an den Sicherheitsmännerwahlen beteiligt, dann nur u. a. deshalb, um die Kontrolle nicht Werkstatoren zu überlassen.

In der Frage der Bestaallung der Bergwerke waren im Prinzip die Delegierten alle einverstanden. Alle ver-

werden die Ausnutzung der Bodenschätze durch den Privatkapitalismus, allerdings wurden auch nicht die großen Schwierigkeiten verkannt, die einer Verstaatlichung der Bergwerke entgegenstehen. Der Fiskus selbst bereite diese Schwierigkeiten mit, er die bei ihm beschäftigten Arbeiter oft genug schlechter behandle, als die Privatbesitzer! Der Wole Rymmer beklagte die Nachlässigkeit der politischen Gesinnung der polnischen Arbeiter durch den Fiskus. Daß wir Preußen als Arbeitgeber bei der Verstaatlichung der Bergwerke nicht gerne seien, brauchen wir nicht erst zu betonen. Wir denken uns hier bei den Staat, der getragen ist vom Volkswillen, wie es sich dokumentiert in erster Linie im Vorhandensein des gleichen, direkten und allgemeinen Stimmrechts! Nur so kann sich der Einfluß des Volkes auf den Staat und seine Einrichtungen stärker gestalten — wenn das Volk will! Der Privatkapitalist hat sich mit seiner Raubbauwirtschaft an den Erdböden und an der menschlichen Arbeitskraft so verhaft gemacht, daß sein frivoles Ausnutzungsrecht je eher, desto besser verschwinden kann. Dem Standpunkt der deutschen Delegierten gab Wole Rymmer Ausdruck. Die vorliegende diesbezügliche Resolution wurde gegen eine Stimmenthaltung von allen Delegierten angenommen. Dann begründete Rymmer einen deutschen Antrag, der im Bergbau den Abschluß von Tarifverträgen verlangt. Die deutschen Bergwerksbesitzer haben die Löhne während der letzten Jahre derartig gedrückt, daß an ein Einkommen der deutschen Bergarbeiter kaum noch zu denken ist. Dazu kam die Verteuerung der Lebensmittel. Not und Elend hat unter der Arbeiterklasse Platz gegriffen. Darum ist in solchen schwierigen Zeiten jeder Lohnerverlust stark empfindlich. Es seien Tarife zu verlangen, die den Bergwerkskapitalisten hindern, zu jeder Zeit sich an den Arbeitern schadlos zu halten. Diese Darlegungen sind gegenüber der Haltung der polnischen Freunde des Reiches im deutschen Reichstag anlässlich der Reichsfinanzreform doppelt bemerkenswert. Sie zeigen, wie tief die Unzufriedenheit bei den arbeitenden Polen über die fortgesetzte künftige Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter Platz gegriffen hat.

Interessant sind die Lohnfeststellungen aus England und Bulgarien. Der für die englischen Bergarbeiter eingeführte Minimallohn setzt sich zusammen aus einem Grundlohn und prozentualen Zuschlägen; er ist in den verschiedenen Distrikten verschieden. So beträgt in Northumberland der Grundlohn 5,16 Mk., der Zuschlag 33% Prozent, so daß der Minimallohn sich auf 6,90 Mk. bezieht. Die entsprechenden Ziffern für Durham lauten: 4,16 Mk. + 41% Proz. = 6,22 Mk.; für Wales: 5 Mk. + 50 Proz. = 7,50 Mk.; für die mittelländlichen Provinzen 5 Mk. + 50 Proz. = 7,50 Mk. In Schottland stellt sich der Minimallohn auf 6 Mk. Dieser Minimallohn ist den Bauern garantiert, auch wenn die Konjunktur schlecht ist. Die Lohnunterschiede werden durch ein Einigungsamt geschlichtet, das mindestens alle drei Monate zusammentreten muß. Ueber die gleiche Lohnkala ist man in England hinaus; die Löhne sanken in schlechten Zeiten so tief, daß sie zum Unterhalt des Bergarbeiters absolut nicht ausreichten. Die verschiedene Höhe des Minimallohnes in den verschiedenen Distrikten erklärt sich daraus, daß als Lohnbasis der Durchschnittslohn von 1877, 79 und 88 gewählt wurde, also von Zeitperioden, wo die Föderation noch nicht bestand, die auch jetzt nicht eine Zentralisation darstellt, sondern sich aus den einzelnen autonomen Grafschaftsverbänden zusammensetzt.

In Bulgarien beträgt der Lohn in den Bergwerken bei 12-, 13- und 14stündiger Arbeitszeit 1,28 bis 2 Mk. Die Regierung als Grundbesitzerin rechtfertigt diese geringen Löhne mit der Motivierung, daß die junge bulgarische Industrie billiger Kohlen bedarf! Wole Rymmer fragte bei den Engländern an, ob auch dann den englischen Bergarbeitern der Minimallohn gezahlt würde, wenn Holz- und andere Störungen den ausgemachten Lohn herabdrückten und ferner ob Lohnunterschiede in wechselnden Flözen. Deutsche Werkschreiber widersprechen dem ersteren und hielten Lohnunterschiede in deutschen Bergbau wegen der Verschiedenheit der Flöze für unumgänglich. Die Engländer antworteten, daß der Minimallohn garantiert wäre auch bei Störungen und daß die englischen Flöze oft unregelmäßiger laufen, als die Kohlenlager anderer Länder. Die Einwände der deutschen Werkschreiber gegen die Tarife im Bergbau seien einfach hinfällig! Daraufhin wurden die vorliegenden Anträge, die Tarife und Minimallohne für die Bergarbeiter verlangten, einstimmig angenommen, ebenso ein englischer Antrag, der eine bessere Vergütung des Bergbaues wünscht, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Bergbaues entspricht.

Eine interessante Debatte entspann sich bei Punkt Frauen- und Kinderarbeit, dessen Verbot für den Bergbau der deutsche Delegierte Schröder begründete. Herrant-Frankreich erklärte, daß früher schon 12jährige Knaben in die Grube gehen mußten, heute ist es besser geworden, und 14 Jahre sind die gesetzliche Grenze. Das staatliche Unterrichtswesen macht jetzt große Fortschritte und die Eltern legen Wert darauf, ihre Kinder bis zum 15. Jahre in die Schule zu schicken. Unter Grund wird in Frankreich keine Frau beschäftigt. Im Departement Nord und Pas de Calais sind aber 3000 Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren über Tag beschäftigt; sie sieben die Kohlen zu tragen sie in die Boote.

Straker-England erklärte: Zu der Frage der Kinderarbeit können wir keine Stellung nehmen, da wir kein Mandat dazu haben. Unsere Organisation ist ganz demokratisch! Wir können hier nur Anträge vertreten, die von irgend einem Distrikt gestellt sind. Ein solcher Antrag liegt nicht vor und so können wir unsere Ansichten über die Kinderarbeit nicht ausprechen. Dagegen werden wir für die Resolution auf Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie stimmen. Diese Arbeit ist schwer, schmutzig, gesundheitsgefährlich und demoralisiert die Frau. Uebertagarbeit der Frau ist in England gesetzlich verboten; ebenso die Obertagarbeit von Mädchen unter 12 Jahren. Mädchen unter 13 Jahren dürfen nur an drei Tagen in der Woche bis zu 10 Stunden oder bei einer Beschäftigung von mehr als drei Tagen nur 6 Stunden tätig beschäftigt werden. Keine Frau darf mehr als 54 Stunden und zwar nur in der Zeit von 5 Uhr früh bis 9 Uhr abends beschäftigt werden; des Sonntags nur bis 2 Uhr. Jede Arbeitsperiode von 5 Stunden muß von der nächsten durch eine Ruhepause von einer halben Stunde getrennt sein. Nur in zwei oder drei Bergwerksdistrikten werden Frauen beschäftigt und verdienen 2 Mk. wöchentlich. Manche Frauen arbeiten bis kurz vor ihrer Niederkunft. Dem Parlament ist eine Vorlage auf ganzliches Verbot der Frauenarbeit auf den Gruben zugegangen; am heftigsten wird sie von einem hohen Würdenträger der anglikanischen Kirche bekämpft, dem diese Haltung zur ewigen Schande und zu ewigen Verdammnis gereichen soll.

Wole Rymmer erklärte hierauf, daß die Darlegungen des englischen Delegierten die Deutschen nicht befriedigen könnten. Der englische Delegierte über die Frauenarbeit gesagt habe, daß er noch schmerzlicheren Mitleid auch auf die Kinderarbeit zu. Die Arbeiter könnten man nicht verstehen, wie eine so solche Organisation der Bergarbeiter, wie die englische, den Kindern die Lebensgrundlage in ihren jungen Jahren, nicht das Elend des Bergbaues, das ihnen die Jugend raube. Die Engländer haben doch endlich einmal Ernst machen und sich ein Mandat verschaffen gegen die Kinderarbeit. Die Ausführungen unseres

Kameraden fanden lebhaft Zustimmung, worauf ein englischer Delegierter erklärte, daß sie im Prinzip für Abschaffung der Kinderarbeit seien. Ein belgischer Delegierter erklärte sich mit den Deutschen einverstanden. Die unterirdische Frauenarbeit sei in Belgien fast ganz verschwunden. Nur acht Frauen arbeiten noch unter Tag. Dagegen sieht es noch traurig mit der Kinderarbeit aus. Ende 1908 arbeiteten noch 2227 Knaben unter 14 Jahren unter der Erde und 4426 Knaben über 16 Jahren. An der Oberfläche arbeiteten 1734 Knaben im Alter von 12 bis 14 Jahren und 2147 im Alter von 14 bis 16 Jahren. An der Oberfläche arbeiteten 3039 Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren, 3580 im Alter von 16 bis 21 Jahren und 1503 im Alter von über 21 Jahren. Das ist ein erschreckender Zustand, der abgeschafft werden muß. Aus England wurde noch berichtet, daß vor fünf Jahren 5800 Frauen beschäftigt waren, heute seien es 6877. Woher kommt das? Die Kapitalisten lieben die billigen Arbeitskräfte. Aber für Mädchen von 14 bis 16 Jahren ist die Grube kein Platz, wo sie zu Hausfrauen und Müttern heranreifen können. Öffentlich bringt das neue Vergesetz, das uns für nächstes Jahr zugesagt ist, die Abschaffung der Frauenarbeit. (Schluß folgt.)

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1909.

Die deutsche Gewerkschaftsstatistik gibt in diesem Jahre zum 20. Male eine Uebersicht über die Stärke und Leistungen der deutschen Gewerkschaften. Seit 1890 ist diese Statistik an Umfang und Inhalt erheblich gewachsen; in 21 Tabellen wird über alle Einrichtungen und die Tätigkeit der Gewerkschaften Auskunft gegeben. Für die Entwicklung und den inneren Ausbau der Gewerkschaften ist die Statistik von förderlichem Einfluß geworden; zugleich bildet sie ein gutes Stück Gewerkschaftsgeschichte. In den 20 Jahren ihres Bestehens ist manche Organisation neu gegründet, manche andere eingegangen oder in bestehende Organisationen aufgegangen; ein Prozeß, der auch in der Gegenwart unaufhaltsam fortgeschritten.

Das Jahr 1909 brachte den Gewerkschaften wieder eine Zunahme der Mitgliederzahl. Der Rückgang während des Vorjahres infolge der wirtschaftlichen Depression dürfte demnächst überwunden sein. Im Jahresdurchschnitt berechnet, dürfte die Zunahme nur 938 betragen, dagegen stellt sich der Zuwachs von Ende 1908 zu Ende 1909 auf 94 605. Ende 1908 wurden 1 797 963, Ende 1909 1 892 568 Mitglieder gezählt. Der hauptsächlichste Zuwachs entfällt auf das dritte und vierte Quartal 1909.

Die Zahl der Gewerkschaften ging infolge Uebertritts dreier Verbände zu berufswandten Organisationen (Handschuhmacher, Hotelbediener und Portiervereine) von 60 auf 57 zurück. Von diesen hatten im Jahresdurchschnitt Mitglieder: Metallarbeiter 365 270, Maurer 171 337, Holzarbeiter 148 942, Fabrikarbeiter 135 946, Bergarbeiter 113 328, Textilarbeiter 101 488, Transportarbeiter 92 030, Buchdrucker 57 836, Bauhilfsarbeiter 56 653, Zimmerer 54 077, Maler 39 201, Schneider 38 208, Schuhmacher 36 138, Brauereiarbeiter 33 695, Gemeindefunktionäre 31 131, Tabakarbeiter 31 104, Buchbinder 22 618, Papenarbeiter 22 476, Wäcker und Konditoren 19 586, Maschinisten 18 526, Lithographen 17 504, Kleinrentner 17 005, Schmiede 14 808, Glasarbeiter 14 550, Buchdruckerhilfsarbeiter 14 116, Töpfer 10 682, Porzellanarbeiter 10 547, Steinseher 10 147, Lederarbeiter 9777, Handlungsgeschäftlichen 9396, Sattler 8852, Tapezierer 8253, Gastwirtschaftlichen 8120, Böttcher 7749, Hütmacher 7748, Stukkateure 7384, Seccleure 7297, Dachdecker 5880, Bureauangestellte 5018, Gärtner 4817, Kupferbeschleider 4364, Mühlenarbeiter 4362, Glaser 4049, Schiffsbauarbeiter 3951, Wildhüter 3831, Kürschner 3428, Zigarrensortierer 3133, Fleischer 3032, Lagerhalter 2269, Friseur 1996, Zivilmusiker 1955, Jolierer 890, Asphaltarbeiter 837, Blumenarbeiter 580, Zylinderarbeiter 488, Notensetzer 418, Schirmmacher 310.

Jahr	gesamte Mitglieder	weibliche Mitglieder	Prozent
1892	237 094	4 355	1,8 Proz.
1896	329 230	15 265	4,6 "
1900	680 427	22 844	3,3 "
1905	1 344 803	74 411	5,7 "
1906	1 689 709	118 908	7,1 "
1907	1 856 506	136 929	7,3 "
1908	1 831 781	138 443	7,6 "
1909	1 892 667	133 889	7,3 "

Die Einnahmen der Gewerkschaften stiegen von 48 544 396 Mk. (1908) auf 50 520 114 Mk., die Ausgaben von 42 057 516 Mk. auf 46 264 031 Mk. und die Vermögensseite um 40 839 791 Mk. auf 43 480 932 Mk. Auf jedes Mitglied entfällt an Einnahmen 27,57 Mk., an Ausgaben 25,25 Mk. und an Vermögensbestand 23,78 Mk. Es sind dies die höchsten jeither erreichten Ziffern. Im Jahre 1891 betragen die Einnahmen 6,08 Mk., die Ausgaben 9,82 Mk. und das Vermögen 2,56 Mk. pro Mitglied.

Es hat freilich jahrzehntelanger Erziehungsarbeit bedurft, um die Mitglieder der Gewerkschaften an die Zahlung höherer Beiträge zu gewöhnen. Die Erkenntnis, daß eine gut gerüstete Gewerkschaft ihren Mitgliedern den wirksamsten Schutz in allen Vorklagen, bei Differenzen mit Arbeitgebern, beim Erstreben kürzerer Arbeitszeit und höherer Löhne, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. verbürgen kann, hat die Opferwilligkeit zu den schönsten Erfolgen angeporrt. Während 1891 in den meisten Gewerkschaften der Wochenbeitrag hinter 20 Pf. zurückblieb und nur zwei einen Beitrag von 21 bis 30 Pf., einer von 31 bis 40 Pf. und zwei von 41 bis 50 Pf. hatten, erhoben 1909 an Wochenbeiträgen:

Beitrag	Anzahl	Prozent
21—30 Pf.	13 Organisationen	7,0 Prozent
31—40 " "	1 " "	2,2 "
41—50 " "	19 " "	33,3 "
über 50 " "	21 " "	36,8 "

Eine wirkliche Uebersicht über die Beitragsleistungen erreicht man indes erst unter Berücksichtigung der Staffelleistungen, wenn die Jahresbeitragsleistung festgestellt wird. Danach zählten an Wochenbeiträgen:

Beitrag	1908 Prozent	1909 Prozent
Bis 20 Pf.	59 847	3,28
21—30 " "	126 821	6,72
31—40 " "	584 895	30,98
41—50 " "	504 436	27,52
51—60 " "	480 981	26,24
über 60 " "	125 587	6,66

Die Zahl der Mitglieder mit höherer Beitragsleistung ist auch im Berichtsjahre wieder gestiegen. Die Gesamteinnahmen überstiegen in 11 Verbänden 1 Million Mk., in 8 Verbänden bewegten sie sich zwischen 500 000 bis 1 Million Mk., in 23 Verbänden zwischen 100 000 bis 500 000 Mk., in 7 Verbänden zwischen 50 000 bis 100 000 Mk., in 9 Verbänden zwischen 10 000 bis 50 000 Mk. und nur eine Organisation hatte weniger als 10 000 Mk. Jahressumme.

Von den Gesamtausgaben entfielen auf:

Organisationen	Wart
Reiseunterstützung	45
Unzugsunterstützung	34
Arbeitslosenunterstützung	44
Arbeitsunfähigen (Kranken)-Unterstützung	53
Invalidenunterstützung	10
Hilfsleistungen in Sterbefällen	48
Hilfsleistungen in Notfällen	48
Streiks im Inland	50
Streiks in anderen Ländern und Ausland	55
Rechtschutz	57
Gewerkschaftenunterstützung	44
Verwaltungskosten (Ber. Hauptstellen)	57
persönliche	57
Verwaltungsmaterial	55

Der Vergleich der Leistungen der Zentralverbände, Kirch- und Christlichen Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 ergibt das gleiche Resultat wie in den Vorjahren. Es zählten für:

Rechtschutz und Unterstützungen insgesamt:

Organisationen	Mitgliederzahl	Mk.	pro 1000
Zentralverbände	57	1 882 667	21 114 446
Kirchliche Gewerkschaften	32	1 08 028	438 172
Christliche Gewerkschaften	21	270 751	1 214 450

Streiks, Aussperrungen und Gemahregelte:

Organisationen	Mitgliederzahl	Mk.	pro 1000
Zentralverbände	57	1 882 667	7 079 116
Kirchliche Gewerkschaften	22	1 08 028	148 228
Christliche Gewerkschaften	21	270 751	480 028

Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:

Organisationen	Mitgliederzahl	Mk.	pro 1000
Zentralverbände	56	1 828 938	9 719 757
Kirchliche Gewerkschaften	15	101 672	857 821
Christliche Gewerkschaften	13	185 844	193 536

Arbeitslosenunterstützung:

Organisationen	Mitgliederzahl	Mk.	pro 1000
Zentralverbände	42	1 438 984	8 593 928
Kirchliche Gewerkschaften	15	101 672	841 000
Christliche Gewerkschaften	13	185 844	193 536

Wir haben alle Ursache, der Arbeiterklasse durch solche Feststellungen immer wieder zu zeigen, daß sie in den Zentralverbänden ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen anderen Gebieten am besten und sichersten gewahrt finden. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Verbände nicht des besseren Ausbaues bedürfen. Der Fortschritt der Konzentration der Unternehmerorganisationen und die Aussperrungstaktik der Unternehmer wird die Gewerkschaften zwingen, ihre Rüstung für den Lohnkampf immer noch weiter zu steigern.

Unter den Ausgaben der freien Gewerkschaften stehen die Aufwendungen für Unterhaltung an erster Stelle. 21 358 070 Mk. wurden für Reise-, Unzugs-, Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbe-, Notfall- und Gemahregelunterstützung verausgabt, also nahezu die Hälfte aller Ausgaben, dagegen noch nicht 7 Millionen Mk. für Streikunterstützung. Deshalb hören die Gewerkschaften nicht auf, Kampfororganisationen für bessere Arbeitsbedingungen zu sein. Aber diese Unterhaltungsgebühren wurden ihnen durch die ungünstige Wirtschaftslage und die für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung belastete. (Auch die Ausgaben für Krankenunterstützung stiegen in einzelnen Verbänden bis zu 18,04 Mk. pro Mitglied.) Angesichts solcher bedeutender Opfer der Gewerkschaften für die Arbeitslosen muß erneut die Forderung geltend gemacht werden, daß die Reichsregierung den Trägern der Arbeitslosenversicherung öffentliche Beihilfen gewährt, wie das Gent-System es bezweckt, das in Belgien, Frankreich, Dänemark, Norwegen und Genf in Straßburg und einigen Vororten sowie Mülhausen gute Erfolge gezeitigt hat. Vor 1891 bis 1909 haben die Gewerkschaften allein 84,1 Millionen Mk. für Arbeitslosen- und 10,4 Millionen Mk. für Krankenunterstützung aufwenden müssen, während das Reich keinen Pfennig für die Opfer der Arbeitslosigkeit übrig hatte. Wie lange noch soll dieser dem Deutschen unwürdige Zustand fort dauern?

Der innere Ausbau der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, doch lassen diese sich in einzelnen nicht schildern. Die 57 Verbändeorgane hatten 1909 ein Gesamtvermögen von 2 032 596 Exemplaren gegenüber 1 951 285 Exemplaren im Jahre 1908.

Die Statistik berichtet noch über die Kirch- und Christlichen Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften, unabhängigen Berufsvereine, sowie über die Organisationen der Privatangehörigen und Arbeitervereine. Auch den selben Gewerkschaften werden einige Streikrichter gewidmet.

Die Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1909 einen kleinen Fortschritt erreicht, der angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage nicht hoch genug geschätzt werden kann. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß die beiden Arbeitgeberzentralen allein 56 589 Mitglieder mit 2 627 818 beschäftigten Arbeitern zählen, und angesichts des gescheiterten Vorgehens aller Arbeitgeberverbände bei der diesjährigen Bauarbeiterausperrung muß jeder Arbeiter erkennen, daß noch viel mehr für die Stärkung der Gewerkschaften getan werden muß.

Gelber „königlich-christlicher“ Gewerbeverein

Während die M.-Gladbacher Genossen — die nach Kapfenstein Müller aus St. Ingbert von Gott ins Saarrevier geschickt wurden — in Saarrevier nach dem Grundgesetz: „Galtete den Dieb!“ in Versammlungen und in der Presse von einem Zusammengehen der Sozialdemokraten bald mit den „Gelben“, bald mit den „Christlichen“ gegen die „einzigen wahren“ Arbeitervertreter von St. Ingbert schwärmen, will es die Ironie des Schicksals, daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen M.-Gladbachern und der sozialistischen Grubenverwaltung, den Scharfmachern und im Hintergrund dem Klerus, immer beständiger zutage tritt. Unsere Feststellung, daß „christliche“ Arbeiterführer von den nationalliberalen Scharfmachern an der Saar Laufende erhalten haben, um die Schlagintusche dieser Scharfmacher zu verbreiten, ist nicht nur von keiner Seite bestritten worden, sondern wird jetzt offen zugestanden! Und wie die neuesten Gerüchte lauten, soll es sich nicht nur um die 2000 Mk. handeln, die Guttsche vom nationalliberalen Wahlkomitee in Saarbrücken erhalten hat, höhere Summen soll er von Herrn v. Schuberth resp. von dem Neunkirchener Wahlkomitee erhalten haben, womit er den „christlichen“ Knappschätzleuten und Vertrauensmännern hohe Speise zählte, um damit die Agitation für v. Schuberth zu betreiben! In Versammlungen wagen es die Herren Generalsekretäre nicht mehr, diese Tatsache zu bestritten, suchen sie aber damit zu entschuldigen, daß es sich lediglich um die private Handlungsweise des Herrn Guttsche handle. Der Gewerbeverein sei politisch „neutral“ und verwehre es keinem seiner Angestellten, für eine bürgerliche Partei zu agitieren. Selbstverständlich darf ein „politisch neutraler“ M.-Gladbacher Zögling nicht für die Arbeiterpartei agitieren, das wäre — sündige Verletzung ihrer „Neutralität“. Aber diese Ausrede ist ein logischer Widerspruch, wie das ganze M.-Gladbacher „Christentum“; Guttsche gehört der nationalliberalen Partei gar nicht an, konnte somit nicht für seine Partei agitieren, sondern empfing von den politischen Gegnern, den Feinden der Koalitionsfreiheit und der Gewerkschaften, den Scharfmachern und Arbeiterfeinden, Geld, um als „Arbeiterführer“ diesen Scharfmachern und politischen Gegnern zum Siege zu verhelfen! Als Kandidat der „christlich-sozialen“ Partei für Homburg-Kusel (Pfalz) war für ihn in den Saarrevieren kein politisches Betätigungsfeld, weil keine Partei hier nicht in Betracht kam, folglich konnte er keine Parteinteressen, sondern lediglich Werkinteressen vertreten, indem er die „königlich-christlichen“ Vergleute mit den gelben Güttenvereinigern für die Scharfmacher heranschleppte. Die Grubenverwaltung wünschte unter allen Umständen den Sieg der Nationalliberalen, stellte einen Teil ihres Beamtenheeres in den Dienst der Agitation, ergo war es auch Pflicht des „königlich-christlichen“ Gewerbevereinssekretärs, ebenfalls dem Wunsch der Grubenverwaltung zu entsprechen. Andernfalls würde die sozialistische Grubenverwaltung dem Gewerbeverein gegenüber eine feindseligere Haltung annehmen und würde dieser, wie Guttsche damals sagte, mehr als 10 000 Mitglieder verlieren, was den gänzlichsten Zusammenbruch der „Christlichen“ im Saarrevier bedeutete hätte, da sie bis heute noch keine 10 000 Mitglieder dort haben.

Dieser „gute Geist“, wie Bergrat Giani die scharfmacherische Wahlhilfe und die gelbe Verpöschung nannte, findet bei der Grubenverwaltung die gebührende Anerkennung. Die gelben „königlich-christlichen“ Agitatoren dürfen ungehindert in den Schlafhäusern und Werkseisernen ein- und ausgehen, deren Zugang allen „Unbefugten“ streng verboten ist! Die Schlafhäuser- und Kolonievögel verbieten den Verbandskameraden das Verteilen von Flugblättern auf feststehenden Grubenwegen, selbst wo die Polizeibehörde die Genehmigung zur Verteilung auf Straßen und Plätzen erteilt hat! Der „Bergratte“, „christliche“ Flugblätter dürfen anstandslos bis in die Schlafhäuser, in die Schlafhäusern getragen werden, das Eintaffieren der Beiträge ist gestattet, kein Vogt verbietet das! Wo unter Giger's Kommando die Dabachpresse strengstens verboten war, da liegen heute „Bergratte“ und „Saapost“, „gewerkschaftliche“ Organe, auf! Bei den Vergewerbergerichtsschöffengerichtswahlen am 20. Januar 1909 verteilten Grubenbeamte bis zum Inspektor hinaus Stimmzettel für die Kandidaten des „königlich-christlichen“ Gewerbevereins! Wehrkraft haben die Betriebsführer (Obersteiger) Lemmert und Groß von den Gruben Gonia und Dechen ihre Leute die verächtlich erscheinenden, dem Verbands angehörenden, auf's Bureau kommen lassen und ihnen geschick-

se möchten doch dem „christlichen“ Gewerksverein beitreten, dagegen habe die Generaldirektion nichts einzuwenden und dürften sie sich dann auch öffentlich agitatorisch betätigen, ohne Gefahr, abgelegt zu werden!

Aber die Freundschaft der Werksverwaltung für M. Gladbach geht noch weiter. Es haben jetzt — wie verlautet, im ganzen 12 Mann — mehrere „königlich-kristliche“ Vergleite 6 Wochen Urlaub erhalten, um den sozialen Kursus in M. Gladbach zu besuchen und zwar auf Empfehlung der Geistlichkeit, aus der evangelischen! Der Sozialist wurde laubst seine Vergleite, schied sie nach M. Gladbach, damit sie hier gewerkschaftlich geschult, rednerisch ausgebildet werden, um später ihre Kameraden im gewerkschaftlichen Kampfe gegen denselben Fiskus zu organisieren und zu führen! Und Geistliche sind es, die sie zur Ausbildung empfehlen. Geistliche sind ihre „Ausbildner“, denen der Fiskus sie anvertraut, nur damit die Saarbergleute doch endlich „organisiert“ werden! Die fiskalische Bergwerksverwaltung und der Fiskus, dieselbe Koalition, die 1898 unter Mitwirkung des Bischofs Dr. Körner in Trier und des Ministers v. Belpf in den Reichstagsverein gerätet hat, bauen heute eine Bergarbeiterorganisation auf, die für die Arbeiterschaft gefährlicher ist, als die Gelben, weil sie noch selber als gelb ist. Während die gelben Werksvereine von den Werksdirektoren geleitet, von den Werken finanziell unterhalten werden, sind es hier die „Arbeitssekretäre“, welche die Leitung führen und die Arbeiter selbst unterhalten sie, ohne den Betrag zu merken. So hat sich die saarabische Bergwerksverwaltung sehr geschickt ihren gelben „königlich-kristlichen“ Gewerksverein eingerichtet, damit aber auch der gesamten Arbeiterschaft den wahren Charakter der M. Gladbacher Gewerkschaftsrichtung offenkundig: Organisation gegen die Gewerkschaften der Arbeiter, zum Nutzen der Unternehmer!

Diese Organisation wird geleitet von Menschen, von denen der katholische Arbeitersekretär Müller in Akenwald sagte, sie hätten keinen Anspruch mehr auf den Namen Christen, seien alle „Defekt“, denn sonst würden sie Elemente wie Engel und Mauber nicht in ihren Reihen dulden. Die Bergarbeiter hätten allen Anlaß, angesichts solcher Führerschaft zu beten: „Liberanos a malo!“ (Wehre uns von diesem Uebel!). Von Mauber sagte Müller, daß dieser feilher Sozialist und Atheist gewesen sei, aber da er wegen seiner Unfähigkeit bei den Sozialdemokraten keine Anstellung erhalten konnte, ging er zu den M. Gladbachern und wurde — „Christ“. Als Herr Dr. Meyer — Sulzbach für die Sachabteilungsbewegung gegen die M. Gladbacher eintrat, habe Mauber gebrüllt, mit mehr als 20 Mann aus der Kirche austreten zu wollen! Ein solcher Mann sei innerlich antireligiös, heuchle „christliche“ Anschauungen, nur um seine Wäpchen zu behalten und beschwörte so die armen Vergleite. Da müsse man Männern wie Leim-peters alle Achtung schenken, der offen bekenne, daß er mit den kirchlichen Anschauungen gebrochen habe, jedoch seinen Kameraden die kirchliche Betätigung nicht wehre. Auch in anderer Beziehung sei Mauber Engel ebenbürtig, schließlich auch fähig, wie dieser, den Meubler in Versammlungen zu geben.

Weber Engel fällte Herr Oberregierungsrat Dr. Wittmann, Vorstand der badischen Gewerbeinspektion, am 11. Oktober vorigen Jahres folgendes Urteil:

Zu meinem großen Bedauern ist inzwischen dem Gewerkschaftssekretär Engel, sein gemeinlich-tüchtiges Treiben fortzusetzen, nicht entzogen worden... Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Herr Engel nunmehr unverzäglich von seinem Posten abberufen wird, und will nur hoffen, daß der Verband dem wahrhaft bemitleidenswerten Mann eine ihm Erlitzung gewöhnende Stelle verleihen kann, auf der er der drifflischen Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterschaft und der Gesamtheit keinen Schaden mehr zufügen kann.

Der „christliche“ Gewerkschaftssekretär Thelen bezeichnete ihn als einen Lügner, Aufschneider oder Phantasten, die Streikkommissionsmitglieder zu Meinsfelden sagten ihm nach, daß er sie belogen und irreführt habe und von dem der Staatsanwalt im Waldshuter Landfriedensbruchprozeß sagte:

„Ich bin auf Grund amtlichen Materials in der Lage, nachzuweisen, daß Engel eine völlig zweideutige, unzuverlässige und lügenhafte Person ist... Es gab für Engel nur zwei Wege, entweder sein eigenes Lügengewebe zu zerreißen oder, wenn er es aufrecht erhielt, von mir von der Zeugenbank hinweg wegen Meineid verhaftet zu werden.“

Das ist eine Sorte „Christen“, die jeden anständigen Menschen ansetzt und die der Arbeiterschaft den allergrößten Schaden bringt. Da wir aber nicht durch Weten von diesem Uebel befreit werden, müssen wir diese Befreiung selbst erkämpfen durch Uebertritt und Weilt zum Verbands. Erfüllen wir für die Bergarbeiterchaft die Bitte Müllers und machen zur Tat, daß wir alle von diesem Uebel befreit werden. Libera nos a malo!

Aus den Bergschiedsgerichten.

Bergschiedsgericht vom 4. August 1910 in Oelsnitz.

Vorsitzender: Finanzamtmann Dr. Weigelt aus Freiberg. Beisitzer aus der Mitte der Arbeitgeber: Bergverwalter Weiskötter aus Hohndorf und Obersteiger Kopisch aus Oelsnitz. Aus der Mitte der Arbeitnehmer: Aufsichtler Stenmüller aus Oelsnitz und Sauer Schmidt aus Neu-Oelsnitz.

Zur Verhandlung standen vier Klagesachen, sämtlich gegen die Allgemeine Knappschaftspensionskasse in Freiberg.

1. Der vormalige Bergarbeiter, jetzige Restaurateur Hermann Becher aus Crimmitschau war vom 19. August 1907 als freiwilliges Mitglied der Kasse, wollte die Mitgliedschaft jedoch nicht länger fortsetzen und beantragte die Rückzahlung seiner Beiträge. Mit diesem Antrage wurde er vom Kassenvorstande abgewiesen, wogegen er Berufung einlegte. Nach Befragung durch den Vorsitzenden, da in solchen Fällen eine Rückzahlung nicht angängig sei, zog er seine Berufung zurück. W. war schon vorher seitens der Bergarbeiterorganisation auf das Ausschließlose seiner Sache hingewiesen worden, trotzdem die Berufung.

2. Dem Berginvaliden Jidior Janokelli aus Oelsnitz war bei einer Nachuntersuchung durch Dr. Waffenge in Oelsnitz, welche am 8. April 1910 stattfand, der Reichszuschuß (jährlich 50 Mark) entzogen worden, wogegen sich die Berufung richtete. Da das ärztliche Gutachten von nur einer 40 prozentigen Arbeitsunfähigkeit spricht, während mindestens 66 2/3 Prozent erforderlich sind, wurde die Berufung verworfen.

3. Der Bergarbeiter Mag. M. o. h. e. s. aus Niedermütschnitz erhielt vor zirka Jahresfrist das Berufsinvalidengeld. Bei einer Nachuntersuchung durch Dr. Sorn im Stadtkrankenhaus Zwidau ergab sich durch diesen Gutachter, daß Mothes nur 10 bis 20 Prozent erwerbsbeschränkt sei, worauf das Berufsinvalidengeld ab 1. Juli entzogen wurde. Hiergegen die Berufung, welche verworfen wurde. Auch hier war vorher auf das Ausschließlose der Berufung hingewiesen worden, obgleich der Kläger auf eine ca. 30jährige Tätigkeit im Bergbau zurückblicken kann.

4. Zur Berufung der Bergarbeiterwitwe Marie C. r. o. p. s. aus Niedermütschnitz, deren Ehemann tödlich verunglückt war, war zur Vertretung der königliche Rechtschutzbeauftragte Hübnert aus Ruyan erschienen. Beantragt wurde die Rückzahlung der geleisteten rechtsgesellschaftlichen Beiträge der verunglückten Grotschopf. Da aber nach den Bestimmungen in §§ 44 Abs. 5 des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes, in Verbindung mit § 47 Abs. 1, 2, 3, 4, 5 des Statuts der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse nichts zurückgezahlt werden kann, wurde die Berufung verworfen. Es ist demnach nicht zutreffend, was der Vertreter Hübnert hierbei vorbrachte: „Es sei ihm hauptsächlich darum zu tun, hierin Klarheit zu erlangen, die eine Witwe erhalte die Beiträge, die andere in gleichartigem Falle, nicht.“ Will eine Witwe, wie in diesem Falle, neben ihrer Unfallhinterbliebenenrente noch etwas herauskriegen, so liegt das auf einem ganz anderen Gebiet. (§§ 25 Abs. 4 und 5 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, in Verbindung mit §§ 38 Abs. 2, 1. Nachtrag, Artikel 1 des Statuts der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse.)

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Statistisches über den Bergbau der Welt im Jahre 1908.

London, 18. August 1910.

Das englische Ministerium des Innern hat schon ein Blaubeuch herausgegeben, in dem der Oberberginspektor Nedmann Angaben über den Bergbau der Welt zusammenstellt. Nach diesem Blaubeuch wurden im Jahre 1908 folgende Quantitäten Erzeinnisse in den bedeutendsten für den Bergbau in Betracht kommenden Ländern produziert:

Land	Tonnen	Wert (in Pfund Sterling = 20 Mark)
Vereinigten Staaten	877 250 000	109 305 000
Großbritannien	265 728 000	110 599 000
Deutschland	215 288 000	85 140 000
Oesterreich-Ungarn	48 986 000	14 928 000
Frankreich	37 384 000	23 694 000
Rußland	25 050 000	—
Belgien	23 558 000	15 223 000

Von den ungefähr 5 800 000 in der Montanindustrie und den Steinbrüchen der ganzen Welt beschäftigten Personen kamen über die Hälfte allein auf die Kohlenbergwerksindustrie. Diese Zahl verteilte sich auf die verschiedenen Länder wie folgt: Großbritannien beschäftigt über 972 000 Personen, die Vereinigten Staaten 600 000, Deutschland 687 000, Frankreich beinahe 195 000, Rußland fast 165 000, Belgien 145 000, Oesterreich beinahe 182 000 und Indien 129 000.

Die Quantität der im Jahre 1908 auf der ganzen Welt produzierten Kohle betrug 1068 Millionen Tonnen im Werte von 400 1/2 Millionen Pfund Sterling (9190 Millionen Mark). Verglichen mit den Werten des Jahres 1907 zeigte die Förderung eine Abnahme von 40 Millionen Tonnen und der Wert der Produkte einen Rückgang von 8 1/2 Millionen Pfund Sterling.

In der Eisenproduktion stehen die Vereinigten Staaten wieder mit über 16 Millionen Tonnen an der Spitze, obwohl die amerikanische Eisenproduktion im Jahre 1908 um 10 Millionen Tonnen geringer war als im Jahre 1907. Es folgten Deutschland mit 6 1/2 Millionen Tonnen, Großbritannien mit fast 5 Millionen Tonnen und Spanien mit beinahe 4 1/2 Millionen Tonnen.

Interessant sind auch die Angaben über die Goldgewinnung. Gegen das Vorjahr stieg die Goldproduktion um 40 000 Kilogramm. Die gesamte Ausbeute der Welt belief sich auf 655 338 Kilogramm im Werte von fast 89 1/2 Millionen Pfund Sterling (1790 Millionen Mark). Das britische Weltreich stellte beinahe 60 Prozent des gewonnenen Goldes und zwar fast ausschließlich Australien 14 1/2 Prozent, Transvaal 3 1/2 Prozent, und Kanada, Indien, Neuseeland und Rhodesien zusammen beinahe 10 Prozent der Gesamtproduktion. Die Vereinigten Staaten waren mit 22 Prozent an der Gesamtproduktion beteiligt.

Eine andere Zusammenstellung gibt einen Ueberblick über die Unfallhäufigkeit in der Bergwerksindustrie. Auf 1000 beschäftigte Arbeiter entfielen in Großbritannien in den Bergwerks- und Steinbruchbetrieben 1,32 Unfälle mit tödlichem Ausgange. Für das ganze britische Reich betrug diese Ziffer 1,45. Für andere Länder war sie wie folgt: Oesterreich 1,10, Belgien 1,07, Frankreich 0,95, Deutschland 2,46, Vereinigte Staaten 3,42. Deutschland genießt also den traurigen Ruhm, in bezug auf tödliche Unfälle in der Bergwerksindustrie allen anderen Ländern außer Amerika den Rang abzulaufen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Durch Unternehmerterrorismus in den Tod getrieben.

Die „staatszerstörerischen“ Mütter können den Mund gar nicht voll genug nehmen, wenn es sich darum handelt, den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften „an den Pranger“ zu stellen. In der Regel handelt es sich aber um Dinge, die künstlich angeblasen werden nur zu dem Zweck, der modernen Arbeiterbewegung eins auszuwichsen. Dagegen können wir nachstehend einen Terrorismusfall aus Unternehmertreibern mitteilen, der in seinen Folgen außerordentlich verhängnisvoll wurde.

In Gunzenhausen in Bayern führten im vorigen Jahre die Töpfer der Firma Lang & Wertheimer einen hartnäckigen Streik, der schließlich ergebnislos abgedröckelt werden mußte. Es hatten sich Arbeitswillige gefunden, auch behalt sich die Firma mit angelernten Arbeitern, allerdings ließ die Qualität der Arbeit viel zu wünschen übrig. Von den Streikenden trat keiner nach Beendigung des Kampfes wieder bei der Firma ein, sie suchten sich anderweitig Arbeit.

Seitdem glück die Fabrik von Lang & Wertheimer einem Taubenschlage. Beschäftigten kamen und gingen, keiner hielt aus. Das Verhältnis war deshalb ein unheilbares geworden, weil die Firma ihren lieben Hausbrechern den alten und höheren Lohnsatz zahlte, während die später Eintretenden mit einem niedrigeren Tarif vorlieb nehmen sollten. Ein organisierter Töpfer wurde dieses Zustandes wegen vorstellig, geriet in Wortwechsel und erhielt seine Entlassung. Einige andere organisierte Töpfer stellten dieses Vorgehen wegen die Firma zur Rede, es wurde ihnen gesagt, daß sie auch gleich aufhören könnten. Die Arbeiter traten denn auch aus und traten in einer neu eröffneten Fabrik in Weihenburg in Bayern wieder in Arbeit. Sie hatten jedoch ihre Rechnung ohne Lang & Wertheimer gemacht. Die Firma stempelte den Bergbau zu einer „Streitbewegung“, berichtete in diesem Sinne an den Vorstand des Kachelofenfabrikantenverbandes nach Meissen und dieser gab nun, ohne sich weiter zu informieren, folgende Schwarze Liste heraus:

„Bei der Tonosfabrik G. m. b. H., Gunzenhausen, sind die Töpfer (folgen fünf Namen) in den Ausstand getreten. Nach § 9 unserer Statuten sind unsere Mitglieder verpflichtet, keinen der ausständigen Arbeiter einzustellen bzw. solche eingestellte Arbeiter sofort und bei Beisein einer Kündigungsfrist unter Einhaltung dieser Frist nach sofortiger Kündigung zu entlassen.“

Schadungswort! Verband Deutscher Kachelofenfabrikanten.

Bez.: Karl Volk, Vorsitzender. Dr. Fortreuter, Geschäftsführer. Wohlverstand: Diese Schwarze Liste wurde hinausgeschickt, ohne daß der Töpferverband die Firma in Gunzenhausen gesperrt hatte oder daß ein Streik erklärt worden wäre!

Die Liste wirkte. Die in Weihenburg arbeitenden Töpfer erhielten ihre Kündigung. Der Fabrikant gab sie widerwillig, er hatte gute Arbeiter gefunden, jedoch ihm drohte bei Nichtbeachtung der Schwarzen Liste eine hohe Kondebntstrafe. Nunmehr griff aber der Vorstand des Töpferverbandes ein. Er erwiderte, daß die Schwarze Liste vorläufig außer Kraft gesetzt und Verhandlungen gepflogen werden sollten. Die Gunzenhausener Firma lehnte aber Verhandlungen ab und die Schwarze Liste trat wieder in Kraft, die Töpfer (es kamen nur noch zwei in Betracht) erhielten wieder die Kündigung. Dem Fabrikantenverbande wurde die Entschuldigungsfrage wegen Verursachung angebrocht, hierauf wurde die Schwarze Liste und damit die Kündigung der Töpfer wieder aufgehoben. Es kam nun zu der vom Töpferverbande verlangten Sitzung in Gunzenhausen, an der die Vertreter der beiderseitigen Verbände teilnahmen, doch eine Einigung wurde nicht erzielt. Jedoch erklärte selbst der Fabrikantenvertreter, daß hier wohl auf beiden Seiten geündigt wurde, er habe die Empfindung, daß die beiden Arbeiter zu Unrecht auf der Schwarzen Liste ständen.

Trotzdem eine offizielle Weilegung der Differenz nicht erfolgt war, schien der Fall democh erledigt. Niemand mehr meldete sich, die Töpfer arbeiteten weiter. Böblich erhielten sie am 6. August wieder ihre Kündigung und wieder auf Grund der Schwarzen Liste! Und nun kam es zum Drama. Der Töpfer Artur M. i. e. l. aus M. e. i. e. n. ein 19jähriger junger Mann, hatte diesen ungewissen Zustand fast zwei wach sich in der Nacht zum 9. August vor die Wäder eines Eisenbahnganges, der ihn gerammt! Daß der Tod des jungen Mannes auf die Schwarze Liste des Deutschen Kachelofenfabrikantenverbandes zurückgeführt werden muß, beweist eine Postkarte, die in der Tasche des Verstorbenen, an seine Eltern adressiert, vorgefunden wurde. Der Inhalt dieser Karte ist folgender:

„Liebe Eltern! Teile Euch hierdurch mit, daß unsere Geschichte mit Gunzenhausen noch nicht zu Ende ist... Wir haben heute aufhören müssen. Wo nun hin? In Deutschland bekommen wir keine Arbeit, also müssen wir ins Ausland. Ich bin heute so niedergeschlagen, ich könnte mich am liebsten aus der Welt schaffen. Ich gehe heute fort, schreibe mich meinen Sachen... Wir werden uns nicht gleich wiedersehen oder gar nicht. Viele Grüße an alle. Schreibt nicht wieder. Den Koffer Schlüssel schicke ich Euch jetzt. Euer Sohn Artur.“

Dieses Schreiben zeigt den furchtbaren Erfolg der Schwarzen Listen! Uebrigens hat auch der andere junge Töpfer, der auf der Schwarzen Liste steht, in einem Bericht an seine Eltern die Absicht ausgesprochen, dem ungewissen Zustande lieber den Tod vorzuziehen. Hier hätten die Ordnungshüter einmal Gelegenheit, über Terrorismus zu reden! Aber still wird es bleiben im staatszerstörerischen Wälderwald. Es handelt sich ja hier um wirklichen Terrorismus, verübt gegen Arbeiter.

Die größte deutsche Gewerkschaft im Jahre 1909.

Der Deutsche Metallarbeiterverband gibt soeben sein Jahrbuch heraus; es gewährt eine guten Ueberblick der gewerkschaft-

lichen Miesnarbeit, die im Jahre 1909 geleistet worden ist. Ein kurzer wirtschaftlicher Abriss leitet die Arbeit ein. Die Mitgliederzahl ergibt für 1908 und 1909 302 073 und 373 340, welche Jahre in 436 Mitgliedschaften. Eine Mitgliederabnahme haben zu verzeichnen: die Optiker, Gold- und Silberarbeiter, Werftarbeiter und Auf- und Wagenschmiede. Er beträgt in keinem Falle über 375, als geringer Rückgang der aufgezählten Verufe ist er deswegen nicht von Bedeutung. In der Mitgliederzahl nimmt es sich oben auf der Beruf der Schlosser mit 3923, dann folgen Dreher mit 1807, Klempner 864, sonstige Metallarbeiter 840, Former 717, Gürtler 458, Gießerei-Hilfsarbeiter 391, Arbeiterinnen 381 usw. Wie viele Verufe und Branchen der Metallarbeiterverband als Agitations- und Arbeitsgebiet hat, zeigt eine Tabelle; es sind dort allein über 90 wesentlichen Spezialberufe angegeben. Die Fluktuation ist noch außerordentlich groß. Die Neueintritte betragen in dem einen Jahre 103 928, mit den Abgetretenen usw. zusammen 114 549 Zugänge, dem steht ein Wiederabgang von 103 273 gegenüber. Recht gering erscheint noch die Zahl von 15 548 weiblichen Mitgliedern. Die Jugendlichen zählten Ende 1909 7860. Eine sehr wichtige Tabelle betrifft das Alter und die Mitgliederbeschäftigungsdauer am Schluß des Jahres 1909. Von allen Mitgliedern waren rund 9 Prozent, 18 bis 20 Jahre alt, 23 Prozent, 20 bis 25 Jahre, 22 Prozent, 25 bis 30 Jahre, 17 Prozent, 30 bis 35 Jahre, 11 Prozent, 35 bis 40 Jahre, 7 Prozent, während 40 bis 45 Jahre alt; die noch verbleibenden Prozente verteilen sich auf die hier nicht genannten Lebensalter. Die Mitgliederbeschäftigungsdauer zeigt, daß vor dem Jahre 1901 7,8 Prozent, der heute dem Verbands angehörigen Mitglieder eingetreten sind. Aus dem Jahre 1903 kamen 6,1 Prozent, der heutigen Mitglieder. 1905 stellt 11,4, 1906 noch mehr, nämlich 15,6, 1907 hat wieder nur 13, 1908 12,1, das Jahr 1909 schließt mit 20,3 Prozent.

Die Unterhaltungen, die 1908 7,12 Millionen betragen, sind für 1909 auf 7,033 Millionen M. zurückgegangen. Der Rückgang ist durch weniger Ausgaben für Maßregelungen und Unzulänglichkeiten möglich geworden. Während die rund 3 Millionen M. jährlichen Unterhaltungen bei Krankheit, die 1909 gezahlt wurden, gegen 1908 keine Veränderung darstellen, sind die Ausgaben für Arbeitslosigkeit — 1908 waren es 3,093 Millionen M. — auf 3,100 Millionen M. gestiegen. 1908 erhielten 53,6 Prozent aller Mitglieder Unterhaltungen, 1909 ist ein kleiner Rückgang auf 52,4 zu verzeichnen. Der Hauptanteil haben in beiden Jahren die Krankenunterstützung — 23,7 und 23,0 Prozent aller Mitglieder, und die Arbeitslosenunterstützung — 19,7 und 20,7 Prozent. Beachtenswert erscheint, daß 1909 die Ausgaben für Streit und Maßregelung von den Meinnahmen 3,8 Prozent ausmachten, 1908 wurde die Höchstziffer von 59,7 Prozent erreicht, 1909 melbet die niedrigste Prozentziffer, nämlich 10,1.

Die Bewegungen des Verbandes umfaßten 1909 40 570 Mitglieder, dies sind rund 9 Prozent aller Mitglieder überhaupt. 1908 waren an den Bewegungen rund 118 000 Mitglieder, dies sind über 30 Prozent aller damals Organisierten, beteiligt. Die Anglistische umfaßten 1909 7,04 Prozent aller Bewegungen und 4,3 Prozent aller Beschäftigten. Die Arbeiterstreiks stellen 18,8 Prozent aller Bewegungen dar und umfaßten 10 Prozent der an allen Bewegungen Beteiligten. Die Ausprägungen umfaßten 4,8 Prozent der Bewegungen und 7,8 Prozent der Beteiligten. Die Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung machen den Hauptanteil aller Kämpfe mit 69,1 Prozent aus, die 77,8 Prozent der überhaupt kämpfenden umfaßten. Die Resultate der Kämpfe waren für 4110 Personen je 2,8 Stunden wesentliche Arbeitszeitverlängerung, und für 12 014 Kämpfende je 1,83 M. wesentliche Lohnerhöhung. Für 715 Kämpfende wurde je 6,1 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 10 331 je 1,76 M. Lohnerhöhung abgewehrt. 26 Prozent aller Kämpfe blieben erfolglos, fast 61 Prozent endeten mit vollem Erfolg. Tarifverträge wurden 1909 61 für 5027 Personen abgeschlossen, es befanden Ende 1909 398 Tarife für rund 95 000 Personen. Der Verband schließt das Berichtsjahr mit einem Kampfbudget von 6,3 Millionen M. Für Bildungszwecke gab der Verband 840 000 M. aus.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Reche Borussia. Unzutreffende Berichtigung. Zu der Berichtigung dieser Zeche in Nr. 32 unserer Zeitung sei mitgeteilt, daß der Hauptverschlag der fünften Sohle nur teilweise ausgebaut ist, welches aber nichts an der Tatsache, daß das Gedinge schlecht ist und Steinsätze loshängen, ändert. Wenn Herr Direktor Biemann den Luerichs mal genau in Augenschein nehmen möchte, würde er es auch finden. Die neu aufgebaute Strecke im Flöz Kreitscheider würde er auch anders beurteilen, wie in seiner Berichtigung. Wenn die Bergarbeiter der Zeche schon heringebrochen sind und noch lose Klößen und Gesteinsmassen loshängen, bedeutet das noch keine Gefahr für die Arbeiter. Jeder praktische Bergmann aber weiß, daß dort leicht gelöste Massen heringebrochen können. Im Monat Juli sind sogar Gesteinsmassen heringebrochen, die Luft, Luft und Wasserleitung zertrümmten, was vermieden hätte werden können, wenn genügend verband gewesen wäre. Von der Verweigerung sei weiter gesagt, daß diese teils durch Wasserdüsen, im Verlegungsfalle, welches seit immer der Fall ist, durch Zufällen geschäht, also meist nur Kompreßluft vor die Vertriebspunkte geführt wird. Mag Herr Biemann berichtigten, so viel er will, es ändert nichts an den Tatsachen. Wenn genannter Herr die Zeche Borussia noch genauer besprochen haben will, mag er weiter berichten, jedenfalls könnten wir jede Woche an dieser Stelle kritisieren wegen Seilschaft, Bestrafungen usw., aber das Papier ist uns zu schade.

Reche Bruchstrafe. Hier werden die Arbeiter mit allen Mitteln zu Ueberzichten veranlaßt. Der Holzmann ist ebenfalls noch nicht beboben. Das Gedinge ist sehr niedrig, ist es doch sogar vorgekommen, daß ein Arbeiter nur 3,80 M. pro Schicht verdient hatte, trotzdem wurden noch 10 Pf. vom Gedinge abgezogen. Die Pünktlichkeit bei der Seilschaft läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Es scheint, daß da alle Kritik verjagt.

Reche Caroline. Der Steiger L. von hier erlaubt sich den Arbeitern gegenüber ein Auftreten, das zu großer Unzufriedenheit Anlaß gibt. Einen Schleppe, dem ein Wagen entgleiste, schauzte er in großer Weise an. Als derselbe sagte, daß er an dem Entgleisen des Wagens keine Schuld trage, schrie ihn der Steiger an: „Galte die Schmauze, sonst flieg die Lampe an den Kopf!“ Zu einem Schleppe, der nach seiner Ansicht nicht schnell genug aufschob und erklarte, nicht schneller aufschoben zu können, sagte er: „Schere Dich weg, erbärmlicher Hund!“ Wenn Arbeiter morgens vor der Infahrt Scheine zu notwendigen Material haben wollen, erhalten sie solche in der Regel nicht; mittags aber erhalten die Leute, die einen späteren Nachhabe, auch keine Scheine mehr, weil Steiger L. dann gewöhnlich schon nicht mehr da ist. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Reche Gwald Fortsetzung. Eine Verschlechterung soll am 1. September, wie die Steiger den betreffenden Kameraden bekannt gemacht haben, auf diesem Ruzi eingeführt werden. Es soll nämlich den Kameraden von Hallern, Dülmen, Hamm-Börsendorf und Emsen, welche das Luerrecht hatten, 1/4 Stunde vor der Seilschaft früher auszufahren, dieses nicht mehr gestattet werden, dadurch werden selbige gezwungen, mit dem nächsten Zuge, welcher 1 1/2 Stunde später geht, zu fahren. Wer nun diese Neueinrichtung nicht durchkosten will, ist gezwungen, der nach seiner sogenannten „Wohlfahrts“-Kolonie zu kündigen oder nach der sogenannten „Wohlfahrts“-Kolonie zu ziehen, welche die Zeche höchstwahrscheinlich, weil eine Masse Wohnungen leer stehen, in empfehlende Erinnerung bringen will. Hoffentlich läßt sich die Verwaltung etwas anders belehren und wird diese Verschlechterung nicht einführen.

Friedrich der Große III. Zu der Berichtigung der Zeche haben wir zu bemerken, daß die Notiz in Nr. 29 unserer Zeitung vollständig der Wahrheit entspricht und es gehört schon eine Portion Kühnheit dazu, das abzutreten. Zu Nr. 1 braucht ja nur ein jeder Bauer sein Lohnduch zur Hand zu nehmen, um den Widerspruch herauszufinden. Zu Nr. 2: Trotzdem man der Kameradschaft, als dieselbe mit Klage drohte, noch den Lohn von 1,70 M. pro Wagen ausgegahlt hat, schreibt man das Gegenteil; aber sind der Kameradschaft die 33,00 M. geschenkt worden? Zu Nr. 3 haben wir zu bemerken, daß da nur dann neben berichtigt wird; warum berichtigt man nicht auch das Schlammbad am Nevier 6-weg, das doch auch nach der Kritik beseitigt wurde? Viel Klage wird auch über den Beamten, welcher den Vorstoß ausgab, geführt, daß er Leute stundenlang warten läßt. Wir bekommen Schlegelmeister und noch verschiedenen anderen raten wir, sich folgenden Spruch genau einzuprägen: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Oder bekommt ihr allemal eine Verarschung, wenn ihr den Herrn Steiger berichtigt, was gesprochen wird, und wer die „Bergarbeiter-Zeitung“ gelesen hat?

Jede Friedrich der Große. Inzutreffende Verhältnisse.
Die Angaben in unserer Nr. 29 und 31 hält unser Gewährsmann entgegen der Verächtlichkeit der Sache aufrecht. Wenn das Gebirge von vorherher auf 1,50 Mt. pro Wagen festgesetzt war, warum hat man dann den Arbeitern je 8,25 Mt. nachgezahlt? Der Steiger soll verbietet, durch den Brennsberg zu gehen. Durch die Orte sollen sie ebenfalls nicht gehen, weil im Keller von 0 bis 7 schon Feuer gestanden hat; ein Zehnerüberbau ist aber nicht vorhanden. Sehr neuartig ist der Steiger, der die „Bergarbeiter-Zeitung“ und das „Vollblut“ erhält. Viele Arbeit macht den Lehrhauern der Schienentransport; warum werden die Schienen nicht durchgehend geliefert, wo sie von den Arbeitern bequem zu erreichen sind? Durch das Sprachrohr ist eine Verständigung auch nur sehr schwer möglich.

Jede Siberia. (Verachtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen.) (Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt usw.)
Der betreffende Arbeiter, um den es sich vielleicht handelt, ist am 25. Januar er. verlegt und am 2. März er. als vollkommen gesund entlassen. Es ist unrichtig, daß an dieser Stelle später wieder Steine heringehoben sind. Ein tödlicher Unfall ist in diesem Nebel überhaupt nicht vorgekommen. Es ist unrichtig, daß es an Holz mangelte. Mit dem Auslösen wird um 1/2 Uhr begonnen. Die Arbeiter stellen sich aber schon um 7 Uhr ein. Wenn sie dann bis 9 Uhr warten müssen, ist das ihre Schuld. An zwei Schaltern auszuführen, ist bei der kleinen Belegschaft nicht notwendig. Hochachtungsvoll Bergwerks-Gesellschaft Siberia. Namen unleserlich.
Die Leute der Nachschicht, die einen weiten Weg haben, haben doch keine Schuld, wenn sie bis 1/2 Uhr warten müssen; 1200 Mann sind unserer Meinung nach schon keine kleine, sondern eine größere Belegschaft.

Jede Siberia. (Verachtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen.) (Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt usw.)
Es ist unrichtig, daß die Löhne sehr niedrig sind. Bei entsprechender Arbeitsleistung kann erheblich mehr als 1/2 Mt. pro Schicht verdient werden. Der fragliche Fahrweg ist seit Ende Mai d. J. gesperrt. Die Fahrung erfolgt durch den Brennsberg. Dies ist und bleibt der Bergbehörde gestattet. Hochachtungsvoll Bergwerks-Gesellschaft Siberia. (Namen unleserlich.)

Der erste Teil dieser „Verächtigung“ besagt nichts! Bei entsprechender Leistung kann mehr verdient werden. Danach sind alle Arbeiter, die weniger verdienen, Faulenzer. Wir müssen diese Verächtigung der in Frage kommenden Arbeiter mit aller Schärfe zurückweisen. Sehr interessant ist, daß die Bergbehörde das Fahren im Brennsberg gestattet hat, das konnten wir nicht wissen. Unsere Angaben werden durch diese Verächtigung in vollem Umfang bestätigt! Das ist ein Erfolg, den die Verächtigungsschreiber sicher nicht gewollt haben.

Jede Hollans III und IV. In Revier 10, Steiger Str., auf der fünften Sohle, Flöz Katharina, im Querschlag, sowie auf der sechsten Sohle, fünfte Abteilung, in der Revierschicht, stehen matte Wetter. Als die Arbeiter dieses dem Steiger meldeten, sagte dieser: „Sakket euch nicht so lange dort auf, dann passiert euch auch nichts.“ — In Flöz Franziska ist der Brennsberg von Ort 9 bis Ort 5 zu durchgegangenen. Auf Ort 9 in demselben Flöz, Flöz Elise Osten, stehen noch vier Förderwagen, die nicht herausgeholt worden sind. Holzmenge besteht hier auch, besonders fehlt dieses Holz. Deswegen werden Löhne von 4,96 bis 5 Mt. für Hauer gezahlt. Bei der Seilschaft besteht das Fahren, besonders in der Mittagschicht. Eine Kontrolle bei der Seilschaft durch einen Steiger kennt man nicht.

Jede König Ludwig I, II und III. Von der Bauhöhe bis zur Wetterhöhe wird hier ein Aufbruch getrieben. Schon vor einiger Zeit hat in diesem Aufbruch eine Schlagwetterexplosion stattgefunden, wobei fünf Mann schwere Brandwunden erlitten; drei dieser Leute sind ihren Verletzungen erlegen, zwei befinden sich noch im Krankenhaus. Man hätte da doch alles anwenden sollen, um derartige schwere Unglücksfälle für die Zukunft unmöglich zu machen. Was in dieser Beziehung geschehen ist, wissen wir nicht. Tatsache aber ist, daß in der Nacht vom 15. auf den 16. August wieder eine schwere Schlagwetterexplosion in diesem Aufbruch stattgefunden hat, wodurch drei Arbeiter verletzt wurden. Wir sind der Meinung, daß bei Beobachtung aller Sicherheitsmaßnahmen sich solche folgenschwere Unglücksfälle wohl verhüten lassen.

Jede Mathias Stinnes IIIA. Von 100 Wagen laufen hier höchstens 10 ordentlich; vielsach liegt es daran, daß die Wagen schlecht geschmiert werden, in den meisten Fällen aber schleifen die Räder an Kasten und bilden so eine höchst schlimme Bremse. Steinwagen können manchmal zwei Mann kaum von der Stelle bringen; Schleppler, Lehrhauer und Pferde haben darum sehr schwere Tage. Auch die Bahnen könnten besser in Ordnung gehalten werden. Für einen besseren Schleißen könnte auch gesorgt werden. Warum wird die Monatsförderung der einzelnen Kameradschaften nicht bekannt gegeben, es es auf anderen Wegen geschickt?

Jede Mathias Stinnes. (Verachtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen.) (Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt usw.)
Es ist nicht richtig, daß der Schachthauer Körbächer am 27. Juni verunglückte, der Unfall ereignete sich bereits am 22. Juni beim Abtaufen in Schacht IV. Es ist unrichtig, daß das schlechte Funktionieren der Maschine Schuld an dem Unfall war. Die Maschine ist zu dünn eingebaut und von der Bergbehörde konfessioniert worden. Es ist unwahr, daß Gezeigehnde, Spurlatten usw., die im Küssel standen, durch das Wippen der Maschine aus demselben herausgeschlagen sind. Die Führung des Küssels erfolgt an Spannseilen; es kommen also gar keine Spurlatten zur Anwendung. Es widerspricht den Tatsachen, daß in derjenigen Nacht, in welcher sich der Unfall ereignete, Reparaturarbeiten an der Maschine vorgenommen sein sollen. Der Unfall ereignete sich am 22. Juni d. J. abends gegen 9 Uhr. Die Arbeit wurde sofort eingestellt und ruhte bis zum 23. Juni, abends 6 Uhr. Erst am 24. Juni morgens, nachdem die Maschine bereits mehr als 12 Stunden benutzt worden war, machte sich eine Unstimmigkeit an der Schieberstellung bemerkbar, die dann beseitigt wurde. Daß der Zustand der Maschine Grund zu dem Unfall gewesen sein soll, ist unwahr. (Namen unleserlich) H. Gilmann.

Jede Mangel, Schacht Grimberg. Netze Zustände herrschen auf dieser Sohle. Vor einiger Zeit hat man mehrere unserer Kameraden aus dem erlöschenden Grund gemahnt. In den langen (400 Meter) Schichten sieht es schlecht aus, besonders im Revier III. Die Förderer zerbrechen und die Wagen gehen schlecht drunter her. Die Lehrhauer müssen mit jedem Zuge mitlaufen bis zum Kessel, was sehr beschwerlich ist. Der Steiger H. kümmert sich weniger um Reparatur, was ihm mehr schadet als es ihm nützt. Die Kohlenzüge fallen da zusammen, die Lehrhauer können die Wagen nicht auf die Schienen setzen, weil es zu niedrig ist. Der Steiger kommt da an wie ein kleiner Löwe. Ob er die Anklagen wie: „Ihr Schweinehund“, „Ihr Betrüger“, „faule Gesellschaft“ usw. auf der Bergbahn oder bei der Bergbehörde gelernt hat, wissen wir nicht. In seiner Aufregung hat er dem Herr dem Kabejunges im ersten Abzug vier Ohrfeigen und eine tödliche Kratur, „Kabel“, „Kabel“, „Kabel“, nannte er den Bergwärtersbesitzer. Der Fahrsteiger Böhm, der hingu kam, machte ihm Miene, den Steiger in seine Schranken zu weisen. (Namen unleserlich) H. Gilmann.

Jede Mont-Cenis. (Verachtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen.) (Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Darmstadt, Heiligenstadt usw.)
Es ist unrichtig, daß die Pünktlichkeit bei der Seilschaft zu wünschen ist. Es ist unrichtig, daß es unwahr, daß am 19. und 20. Juli die Arbeiter in der Seilschaft bei der Seilschaft 10 resp. 15 Minuten zu spät gekommen sind. Wichtig ist, daß die Seilschaftzeit pünktlich eingehalten wird. Es ist nicht richtig, daß unter der Aufsicht des Bergbeamten am 19. und 20. Juli Kohlen gefördert werden sollten. Der erste Kohl mit Leuten am Tage sein soll. (Namen unleserlich) H. Gilmann.

Jede Mont-Cenis II. Am 8. August gab hier der Fahrsteiger A. einen Aufbruch, mit dem Steiger auszuführen. Die Leute haben sich aber nicht bewegt, da frag der Anschläger den Betriebsführer, ob er nicht etwas tun dürfe; dieser ordnete an, daß sie wieder herkommen sollten. Die Leute um ihre Schicht. Morgens um 7 Uhr verweigert, wenn die Leute sich auch nur um 1/2 Uhr zu spät begeben. Bei geringen Verträgen, die mit 2 bis 3 Mt. befristet, die

Schicht sind dabei sehr unrein und das Bedinge sehr niedrig, so daß es fast unmöglich ist, reine Kohlen zu liefern. Die Wäsche ist sehr unrein und die Haken schlagen den Leuten ins Gesicht, weil kein Mittelgang zum Durchgehen frei ist. Der Holzmenge ist fast chronisch. Die Bergbehörde sollte sich die Holzliste doch einmal ansehen. Die Hauer schließen sich Spizen in die Gezeigehnte ein, so rat ist das Holz. Es ist ein Wunder, daß unter diesen Umständen nicht mehr Unfälle vorkommen. Die verschiedenen Wagen — besonders solche mit Strohkragen — sind nicht mit Inhaltangaben versehen. Mitte Februar wurde unter den Beamten eine Kollekte abgehalten, um dem Sohne des Direktors aus Anlaß seiner Verheiratung ein Budget zu stiften. Jeder Beamte mußte seiner „Leberzeugung“ 25 Pf. opfern, die durch den Marktcontroller eingesammelt wurden. Dasselbe geschah auch auf Schacht I. Steiger Meilman bestrafte die Leute bei jeder Gelegenheit; sogar Leute, die wegen Todesfall in der Familie sich nicht rechtsgültig entschuldigen konnten, wurden von ihm bestraft. Er selbst schläft manchmal in der Grube und wird nicht bestraft. Jedenfalls geschah das deshalb nicht, weil die in Frage kommenden Instanzen davon nichts erfahren. Ende März erlitt ein Mann an einem Aufzug über Tage so schwere Verletzungen, daß er einige Tage später starb. Das Unglück geschah, weil der Aufzug nicht genügend verschlungen war. Ein Fahrsteiger hatte einige Tage vorher gesehen, wie ein Wagen heruntergefallen ist und doch geschah nichts!

Jede Prinz Regent. Die Bewetterung ist hier in manchen Revieren recht mangelhaft. Es sollte doch hier eine ausreichende Bewetterung überall gefordert werden, weil die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter davon ganz besonders abhängig sind. Die Seilschaft beginnt morgens schon 5 1/2 Uhr, mittags aber erst um 2 Uhr; dadurch wird den Arbeitern die Seilschaft um 1/2 Stunde über die gesetzliche Grenze hinaus verlängert. Auch für eine bessere Ordnung bei der Seilschaft könnte gesorgt werden. Die Bräusen in der Wäsche laufen auch sehr mangelhaft; was außerordentlich lästig für die Arbeiter ist. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die gerügten Mängel abgestellt werden.

Jede Neulingshausen II. Der Steiger A. Meier 18, war sehr erköst, daß wir in Nr. 24 berichteten, er bestrafe die Leute, wisse aber auf Befragen nicht anzugeben, warum er sie bestrafe habe. Statt über sich zu ändern, suchte er dem Kameraden, den er als Täter im Verdacht hatte, seinen Pöbel fühlen zu lassen. Keine Arbeit konnte dieser mehr zu seiner Zufriedenheit ausführen, trotzdem bis dahin nichts gegen ihn vorlag und seine Kameraden, bei denen er ein Jahr gearbeitet hatte, stets mit seiner Arbeit zufrieden waren. Alle Nebenarbeiten mußte er ausführen und fragte er dann, was es dafür gäbe, wurde ihm erwidert: „Dafür bekommt ihr nichts!“ Will der Steiger den Arbeiter so weit bringen, daß er beim Hauer Mist fahren muß? Besser wäre es, wenn er sich um andere Sachen bekümmerte. Stand doch im Juli auf der Weiterstraße in Flöz 2 Feuer. Hierauf aufmerksam gemacht, sagte er: „Ach, hier steht kein Feuer!“ Am anderen Tage aber ließ er zunahe, ein Feuer, daß doch Feuer dort stand. Am 11. Juli wurde dann der fragliche Kamerad zu dem Fahrsteiger A. bestraft, welcher ihm eröffnete, daß ihm gekündigt sei. Als der Kamerad dann am 15. Juli ordnungsgemäß kündigung wollte, wurde ihm gesagt: „Zunächst ist schon am 11. Juli gekündigt worden!“ Für diese Herren scheint danach die Arbeitsordnung nicht zu bestehen. Das „Wohl“ des Entlassenen scheint verschwinden sehr am Herzen zu liegen. Wiederholt haben sie sich schon erkundigt, wo er jetzt arbeite, was er da verdienen ufm. Welche Absichten sind dabei die Triebfeder? Der Steiger H. sollte an Lohnfragen so lange auf der Höhe bleiben, bis alle Arbeiter ausgelohnt sind, um diesen unnütze Wege zu sparen.

Jede Rhein-Elbe I und II. Am 13. August wurde der Bergschicht durch Anschlag bekannt gemacht, daß am 15. wegen Mangel an Holz gefeiert würde. Dagegen wäre hier an und für sich nichts einzumenden, wenn wirklich Mangel an Holz wäre; aber daß dem nicht so ist, kann man am besten sehen an den vielen Leberstücken, die gemacht werden. Mehrere Kameraden können sich nicht entsinnen, daß schon jemals so viele Leberstücken gemacht worden wären, als gerade jetzt. Zweimal in der Woche 1/2 Schichten und Sonnabends fährt noch fast die halbe Morgenschicht an, ist schon ganz und gade. Kohlen, Kohlen heißt es und wehe den Steigern, wenn sie ihren „Soll“ nicht liefern, dann hat es auf dem Steigerbureau seitens des Fahrsteigers gehagelt. Und da heißt es noch: Mangel an Holz. Das verstehe einer, wer da kann.

Jede Hollern II. Inzutreffende Verhältnisse. Zu der Verächtigung dieser Zeche in unserer Nr. 33 färscht unser Gewährsmann: Sieben Wochen brauchte man Zeit, um diese Verächtigung fertigzustellen; wirklich, eine respektable Leistung! Der Verzug ist entgegen der Verächtigung faul gewesen, auch lag die Strecke voll Schutt. Warum mühten denn Leute aus den verschiedenen Revieren im Hauptquerschnitt den Verzug erneuern und am Flöz 12 Mache streuen? Geht das zum Vergnügen, um die Zeit totzuschlagen? Die Zeche nimmt Bezug auf die amtliche Untersuchung, welche ergeben haben soll, daß der Verzug nicht faul gewesen ist. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Bergbeamte die Grube am 9. Juli befahren hat, die Kritik aber schon in der Nummer unserer Zeitung stand, die am 21. Juni zur Ausgabe gelangte. Als der Bergbeamte die Grube befuhr, waren die Hauptschäden infolge unserer Kritik schon beseitigt. Sieben Wochen später, als die gerügten Leberstücke beseitigt waren, setzte man sich auf den Hohenboden und schrieb eine „Verächtigung“. Die „Verächtigung“ der Zeche gewinnt weder für uns, noch für die Bergarbeiter an Selbstkraft, daß der Arbeiterausschuß aus „eigenem“ Antrieb unsere Angaben als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet haben soll. Diese Erklärung hätte nur dann Wert, wenn es sich um erwählte Vertreter der Arbeiter handelte. Das ist jedoch nicht der Fall. Unsere Angaben hatten wir entgegen der Verächtigung der Zeche und der Erklärung des Ausschusses aufrecht.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Bergarbeiterverhältnisse im Senftenberger Revier. Zur öffentlichen Bergarbeiterversammlung am 14. August in Senftenberg, Lausitz, hatten sich die Kameraden aus der Umgegend zahlreich eingefunden. Auch eine Anzahl Frauen waren zur Stelle, die dem Vortrage des Kameraden Leuber über die gegenwärtige Lage der Braunkohlenarbeiter aufmerksam folgten. Was der Referent über die Arbeiterverhältnisse und die Mittel zu ihrer Besserung ausführte, fand die Zustimmung der Versammlung. Das lehrte nicht nur der laute Beifall, sondern auch die rege Debatte, die nachher im Sinne des Referats gepflogen wurde. Nicht weniger als sieben Diskussionsredner kamen nacheinander zum Wort und bekräftigten, daß die Zustände auf den Gruben sehr unerträglich geworden sind. Ramentlich treffe dies zu bezuglich der Behandlung durch die Beamten, die nicht selten ihre „höhere Bildung“ durch ruppiges Benehmen und ordinäre Schimpereien bekräftigten. Eine umso geringere Energie dagegen betätigten dieselben Beamten in der Beseitigung von Leberständen, die von den einzelnen Nebnern in langer Reihe aufgezählt wurden. Die einfachsten Gebote der Zweckmäßigkeit und des Anstandes werden außer Acht gelassen und es wirkt lächerlich und für die Betriebsleiter beschämend, wenn seitens der Arbeiter immer wieder auf die Beschaffung von Laufbretern, Abortkübeln und ähnlichen notwendigen Dingen gedrängt werden muß. Aber auch schwerwiegende Klagen wurden vorgebracht, deren Ernst die Bergaufsicht veranlassen sollte, den Niederlausitzer Werksverwaltungen etwas auf die Finger zu zeigen. So kam die Entlassung von drei Kameraden auf Grube Verta bei Gaus zur Sprache. Sie war erfolgt wegen eines Streites, den die Arbeiter mit dem Steiger A. H. H. hatten. Dieser Beamte verlangte, daß die drei Mann während der Nachschicht einen Brandherd mit Sand zuhätten sollten. Der Sand mußte mit Karren eine 18 bis 20 Meter hohe Mäschung hinaufgeschleppt werden, die aber weder eine Barriere noch sonstige Schutzvorrichtungen hatte. Bei der herrschenden Dunkelheit war eine Karre hinabgezurrt, und weil die Arbeiter vor dem gleichen Schicksal nicht sicher waren, verweigerten sie die weitere Arbeit an der gefährlichen Stelle. Der Steiger A. H. kündigte ihnen dafür an, daß sie für diese Schicht keinen Lohn erhielten, und als die Arbeiter dagegen energisch protestierten, entließ er sie am anderen Morgen. Sie fanden Arbeit auf einem benachbarten Werke, erhielten jedoch auch hier die Papiere wieder zurück, was den Schluß zuläßt, daß ihnen ein Urlassbrief hierher nachgeschickt war. Einen weiteren Beweis den dem geringen Respekt der Grubenverwaltung vor Bergpolizeibehörden lieferte die Grube Elsbethengrube. Dort war im Tagebau ein Arbeiter von herabstürzenden Sandmassen verschüttet, jedoch ohne großen Schaden wieder geborgen worden. Ein Kamerad, der das wegmachen der Kohle bis dicht an den Sand kritisierte, erhielt dafür die Kündigung. Die Diskussion brachte des weiteren lebhaft Klagen der Kameraden über die Wohnungsverhältnisse auf den Werken, über das Kammerweien, und nicht zum geringsten Teile über die lange Arbeitszeit. Alle Klagen aber waren getragen von der Überzeugung, daß es dem Bergarbeiterverbande

gingen wird, im Niederlausitzer Braunkohlenbergbau bessere Verhältnisse zu schaffen. Und so wurde jeder Diskussionsredner zu einem Muffen der für die Kameraden aufmunterte zu reger Betätigung für unsere Organisation. Dem gleichen Zwecke waren die warmen Worte gewidmet, die Kamerad Fuchs an die anwesenden Polen richtete, bevor er die schon verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Bergarbeiterverband schloß.

Neurostollen bei Senftenberg. „Ach, wenn man doch ein Pferd wäre!“ äußerte kürzlich ein Arbeiter aus dem Tagebau. Man begreift diesen Stohlfahrer, wenn man bedenkt, daß die reine Arbeitszeit auf dieser Grube volle 11 Stunden dauert. Einschließlich zweier Pausen von je einer halben Stunde steht also der Arbeiter hier zwölf Stunden im Gefähr. Dazu kommt dann noch ein Weg von einer Stunde hin und einer Stunde zurück, macht 14 Stunden, die er dem bloßen Lebensunterhalt opfern muß. So schlimm hat es allerdings kein Pferd. Dem bleibt wenigstens das Drum und Dran erspart, was man dem Arbeiter überflüssigerweise noch zumutet. So ist es hier uns, daß die Leute bei den Lohnzahlungen noch eine halbe Stunde und länger auf ihre paar Kröten warten müssen, eine Rücksichtslosigkeit größter Art gegen die abgerackerten Menschen in nassen Kleidern und mit hungrigem Magen. Bei dem häufigen Regenwetter bildet sich auf den viel betretenen Stellen des Tagebaues ein wahrer Sumpf und müssen die Arbeiter bis an die Knöchel im Morast waten. Das ermüdet ganz unendlich, ließe sich aber durch Legen von Laufbretern mit Reichtigkeit ändern. Warum die Betriebsleitung solche Selbstverständlichkeiten nicht bemerkt, ist verwunderlich genug, stellt aber ihrem praktischen Sinn kein allzu gutes Zeugnis aus. Das gleiche gilt von der Gewohnheit, die Kohle bis dicht an den Abraum wegzuschmeißen. Die obere Schicht Schmierkohle trägt die Last des Sandes nicht und brechen darum öfters große Sandmassen herein. Das ist erstens eine große Schweißerei und dann aber auch für die Arbeiter höchst gefährlich. Das aberdämmte aber ist, daß solche augenfällige Unstimmigkeiten den Beamten nicht eher auffallen, als bis sie einer öffentlichen Kritik unterzogen werden. Die hilft dann gewöhnlich — oder nicht? —

Königreich Sachsen.

Kaisergrube, Gersdorf. Am 5. August überreichte uns wieder einmal die Nachricht, daß auf der Kaisergrube nicht weniger als sechs Kameraden entlassen worden wären. Neugierig, wie wir nun einmal sind, wurde Erkundigung eingezogen und fand leider das gesagte Wahrsagen. Sofort kam uns der Gedanke, daß Herr Kniesel seine schönen Worte, die er einst vor Gericht prägte, wieder bereisigen haben muß, denn sonst wären die Entlassungen einfach nicht zu verstehen. In unserer Annahme haben wir uns wieder einmal getäuscht, denn schon am nächsten Tage wurden die Entlassungen rückgängig gemacht. Ueber die Gründe, weshalb die Entlassungen vorgenommen wurden, wollen wir heute schweigen, vielleicht ein ander Mal. Aber dem dortigen Zimmerling Vanger möchten wir raten, mit seinen Anordnungen und Befehlen etwas vorsichtiger zu sein. Vor allen Dingen nur das auszuführen, was man dem Auftrag hat. Herr Kniesel scheint uns doch bei seinem Entschlus, die Entlassung auszusprechen, etwas vorzeitig gehandelt zu haben. War es denn nicht möglich, an demselben Tage die Entlassungen zu bereinigen und dann zu urteilen? Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf einen Nebenstand aufmerksam machen, der als unhaltbar bezeichnet werden muß. Einzelne Steiger versuchen mit allen möglichen Mitteln in ihrem Drittel die Förderung hoch zu bringen. Das könnte uns ja schließlich ganz gleichgültig sein, wenn die Herren nicht Mittel anwenden, die als gefährlich bezeichnet werden müssen. Man nimmt einfach die Zimmerlinge vor der Strecke wagt, tut sie vor Ort zur Kohlenförderung, sobald anfangt vier Mann sechs Mann dort beschäftigt sind. Eingetragen werden diese beiden allerdings nicht. Es sind die Steiger Kost und Hennig, welche dieses Mittel zur Anwendung bringen, um, wie allgemein behauptet wird, die hohe Zeche zu erreichen. Die Frage, die Zimmerlinge von den Strecken wegnemen, hat früher schon einmal an anderer Stelle eine große Rolle gespielt. Wir möchten uns die Frage erlauben, ob dieses mit Wissen der oberen Beamten geschah?

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Feinig (Inspektion VII). Am 3. August fand hier in Abteilung 15, Flöz Wangel, eine Befahrung durch den Bergmeister Schulte und den Berginspektor Böhm statt. Strecke Nr. 1 und 2, wo die Bewetterung eine sehr mangelhafte ist, wurden leider nicht befahren. Warum geschah das nicht? Hat doch Steiger W. einem Arbeiter gegenüber sogar bemerkt, da hätten sie (die Bergbehörde) eine schöne Bude angetroffen. Berginspektor Böhm sagte einem Arbeiter, daß es sehr warm sei, mindestens 21 bis 22 Grad Celsius. Als der Arbeiter bemerkte, daß die Temperatur mindestens 26 bis 27 Grad Celsius betrage, wollte der Berginspektor das nicht gelten lassen und meinte, sie kämen doch von draußen und könnten das am besten beurteilen. Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Dem Wunsch des Bergmeisters Schulte, daß jeder Steiger ein Thermometer haben und alle zwei Tage messen sollte, können wir uns nur anschließen. Aber das allein genügt nicht, wenn nicht auch überall für ausreichende Bewetterung gesorgt wird. Steiger W. sollte nicht so sehr Verlegungen mit politischem Hintergrund vornehmen, sondern mit Rücksicht auf die schlechten Gebirgsverhältnisse die Kameradschaften zusammen lassen, wie es schon seit Jahren der Fall war. Auch die Antreiberei und das Bestrafen brauchen weniger scharf gehandhabt zu werden; erreicht wird damit doch nur das Gegenteil von dem, was erreicht werden soll. Bei dieser schlechten Zeit haben die Arbeiter wirklich keinen Pfennig für Strafen übrig.

Jede Weg bei Fölschweiler. Für jede Kleinigkeit wird hier bestraft, besonders aber wegen Feierns. Wer feiert, wird bestraft, ob er sich vorher oder nachher meldet. Kürzlich wurde durch Anschlag bestraft gegeben: „Derjenige, der im Monat eine Schicht feiert, erhält 10 Pf., wer zwei Schichten feiert, 25 Pf., wer drei Schichten feiert 50 Pfennig pro Schicht weniger, wie seine Kameraden.“ Kurz vorher war in einem Anschlag gesagt: „Wer im Monat drei Schichten feiert, hat seine Entlassung zu gewärtigen.“ An Schneidigkeit fehlt es also nicht. Ist es der Verwaltung aber auch bekannt, daß die Gummianzüge trotz dem berühmten Trockenboden nicht trocken werden? Ein raffiniertes Bedingensystem hat man eingeführt, um die Arbeiter zur höchsten Leistung anzutreiben. Laut Anschlag erhalten die Arbeiter pro Schicht: Bei einer Teufe von 25 Meter 6,25 Mt., bei 30 Meter 6,50, bei 35 Meter 6,75 Mt., bei 40 Meter 7 Mt., bei 45 Meter 7,50 Mt., bei 50 Meter 8 Mt. Die Arbeiter müssen also 50 Meter in einem Monat absteigen, dann erhalten sie 8 Mt. pro Schicht. Das ist ein Geschäft. Allerdings ist diese Leistung bei den jetzt bestehenden Gesteinsverhältnissen nicht zu erreichen, aber auch dann, wenn diese günstiger werden, kann sie nicht erreicht werden auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter. Einigen Driftführern wäre auch anzuraten, etwas mehr Gerechtigkeit walten zu lassen und weniger parteiisch zu sein.

Das zehnten-christliche Bündnis für die kommenden Neuwahlen.

Kranpffhaft klammert sich die christliche Gewerkevereinsleitung an die Behauptung, mit den Zechen kein Bündnis abgeschlossen zu haben! Diese Verdrehung der Wahrheit geschieht nicht einmal aus Schamgefühl, sondern aus Angst, daß die christlichen Gewerkevereinsmitglieder gegen das zehnten-christliche Bündnis doch noch Krach schlagen könnten! Darum streut man den eigenen Mitglidern Sand in die Augen. Wie es mit dem Bündnis des christlichen Gewerkevereins mit den Zechen bestellt ist, dafür führen wir folgenden ekklatanten Beweis an: Für die Schächte Zentrum fand am letzten Sonntag (21. August) eine Belegstabsversammlung statt, in der über die kommenden bergmännischen Wahlen gesprochen wurde. In der Diskussion meldete sich das christliche Gewerkevereinsmitglied Faust zu Wort und erklärte:

„Die Behauptung der Leitung des christlichen Gewerkevereins, er habe nur mit dem evangelischen Arbeiterbund ein Kompromiß für die Neuwahlen abgeschlossen, ist Humbug! Ich kann beweisen, daß der Gewerkeverein tatsächlich

